

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 22.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 26. Mai bis 1. Juni 1916.

Antlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 6. Juni 1916.

Inhalt: Aus der polnischen Fraktion, S. 531, 532. — Die Reichsvereinsgesetz-Novelle, S. 532, 533. — Kurjer Slonski über seinen politischen Standpunkt, S. 533. — Die Praca über die Richtung der Kraj, S. 533. — Judenorganisation in Zürich, S. 534. — Engländer und Franzosen und die polnische Frage, S. 535. — Der Papst und die italienische Presse, S. 536. — Der Marcinkowski-Verein, S. 537. — Das „Gewerbehaus“ in Posen, S. 537. — Deleg.-Vers. des Verbandes der poln.-tath. Arbeitervereine, S. 538. — Jugendorganisation auf dem Lande, S. 539. — Aufruf für eine Kzepecka-Sammlung, S. 540. — Die neuen Minister, Gaz. Grudz., S. 540. — Der Sprachenparagraf, S. 541. — Aus der pommerischen Rajchubei, S. 541. — Kurjer Slonski gegen die polnische Fraktion, S. 541. — Fürstbischof Vertram und die Moabiter Vorgänge, S. 542. — Zu dem klassischen Artikel der Alld. Blätter, S. 543. — Polnische Amtssprache, S. 543. — Zur Warschauer Wahlordnung, S. 543. — Agitation der Nationaldemokratie in Warschau, S. 544. — Der Ausschuß für Landeskunde in Polen, S. 544. — Polnischer Schulverein, S. 545. — Lodzer Industrie, S. 546. — Von den Lodzer Rechtsanwälten, S. 546, 547. — Warschau über Galizien, S. 547. — Wiederhall der Warschauer Märsche in Rußland, S. 548. — über Dmowski, eine Erinnerung, S. 548. — Gegen Sajanow, S. 548. — Die polnischen Bauern, S. 549. — Hilfe für die Kinder, S. 549, 550. — Die Ukrainer über die polnische Aktion in Deutschland, S. 550. — Aus Krakau, S. 551. — Vom Wiener Kurjer Polski, S. 552. — Pfarrer Lutoslawski über die Legionen, S. 552. — Rußland und Polen, S. 553, 554. — Französl. Aufruf betr. die Polenfrage, S. 554. — Zum Verbot poln. Vorträge in Schweden, S. 555. — Die Tätigkeit des amerik. Hilfskomitees für Polen, S. 555.

Betrifft die Provinz Posen.

Aus Nr. 122 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. Mai 1916.

Eine Sitzung der polnischen Fraktion.

Aus Abgeordnetenkreisen erfahren wir, daß gestern eine Sitzung der polnischen Fraktion stattgefunden hat, in der unter anderem die Vatikan-Frage, die Angelegenheit der Nichtzulassung von früheren Abgeordneten zu den Sitzungen der Fraktion und schließlich die Frage einer Satzungsänderung und des Zulassens von Pressevertretern zu den Beratungen berührt wurde. Heute sollte man über den Standpunkt beraten, welchen die Abgeordneten in der Angelegenheit der neuen Steuergesetze einnehmen werden.

Aus Nr. 6 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 24. Mai 1916.

Unbegründete Annahmen.

Manche deutsche Blätter haben bei der Besprechung der Abstimmung der polnischen Reichstagsfraktion in der Angelegenheit Liebknecht ihrem Bericht über den Verlauf der Sitzung Bemerkungen hinzugefügt, welche bezüglich der Beweggründe des Verfahrens der Fraktion zum mindesten ungenau sind. Diese Beweggründe waren, wie aus der Rede des Abgeordneten Dr. Laszewski hervorgeht, vollständig klar. Die polnische Fraktion hat sich nicht im geringsten der Person Liebknechts oder dessen Handlungen angenommen. Es geht im Gegenteil aus der Rede Dr. Laszewskis hervor, daß die Person und die Handlungen dieses Herrn der Fraktion ebenso unsympathisch sind, wie jenen die Fraktion kritisierenden Zeitungen. Der Fraktion handelte es sich nur um den Schutz des Grundsatzes der Unverletzlichkeit des Abgeordneten. Man kann also einzig darüber debattieren, ob der Paragraph von der Unverletzlichkeit in diesem Falle den Schutz des Abgeordneten von seiten des Reichstages forderte oder nicht. So und nicht anders kann oder vielmehr sollte sich die Sache vom deutschen Standpunkt aus darstellen. Anders verhält sich die Sache hingegen von dem Gesichtspunkte

unserer polnischen Politik aus. Wir, und mit uns viele Faktoren in der Heimat, hätten es vorgezogen, wenn die polnische Fraktion sich eine andere Gelegenheit zur Beschützung der Rechte des deutschen Reichstages ausgesucht hätte als die, bei der es sich um eine derartige Persönlichkeit handelte. Aber wir müssen bestreiten, daß die Erklärung der Fraktion auch nur den Schatten irgend welcher Sympathie für den sogar unter seinen „Genossen“ berühmten Herrn Liebknecht durchblicken ließ.

Aus Nr. 12 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 31. Mai 1916.

In der Angelegenheit Liebknecht.

Die polnische Landtagsfraktion lehnte ihre Unterschriften für den auf Haftentlassung Liebknechts lautenden Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ab.

Wie man uns mitteilt, wird sehr wahrscheinlich keine der Landtagsfraktionen für diesen Antrag ihre Unterschriften geben.

Aus Nr. 120 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 26. Mai 1916.

Die polnische Fraktion und die Steuern.

Aus der Zustimmung des Kommissionsmitgliedes Abgeordneten v. Trampeczynski zum Steuerkompromiß kann man schließen, daß in der Fraktion die Meinung überwiegt, es sei geboten, für die Steuern zu stimmen. Diese Anschauung stützt sich, wie man uns von seiten unserer Abgeordneten her informiert hat, in der Tat auf die Ansicht, daß, nachdem die Fraktion für die Kriegsanleihen gestimmt habe, sie sich jetzt in logischer Folgerichtigkeit von der Steueraktion nicht zurückziehen könne, deren Aufgabe die Deckung des durch den Krieg entstandenen Budgetdefizits ist. Da alle sogenannten bürgerlichen Parteien alle Steuern zu einem Ganzen verbunden haben, so bleibt, wie die Anhänger jener Ansicht behaupten, der polnischen Fraktion nur übrig, entweder für das Kompromiß zu stimmen oder mit den Sozialdemokraten zusammen zur Opposition überzugehen. Wie es scheint, neigt die Mehrheit der Fraktion der ersten Alternative zu.

Was uns anbetrifft, so enthalten wir uns auch heute noch der Beurteilung dieses Verhaltens, da wir kein Urteil abgeben möchten, ohne das ganze einschlägige Material zur Hand zu haben, auf Grund dessen die nicht leichte Angelegenheit entschieden werden muß. Daß nicht alle im Steuerkompromiß enthaltenen Steuern einer vom Gesichtspunkte unserer Interessen aus geübten Kritik standhalten können, ist sicher. Wir verstehen den schweren Standpunkt der polnischen Fraktion, aber wir fragen, ob nicht vielleicht gleichwohl eine Politik der freien Hand gegenüber den einzelnen Steuerprojekten möglich wäre.

Aus Nr. 10 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 28. Mai 1916.

Die polnische Fraktion und die Kriegssteuern.

Am 4. August 1914 stimmte die polnische Fraktion für die ersten 10 Milliarden Kriegsanleihe, indem sie zugleich eine loyale Haltung gegenüber dem Monarchen und dem Staate einnahm, die wider ihren Willen in den Krieg verwickelt worden waren.

Es war dies ein sehr wichtiger Schritt der Fraktion, der sich in dem weiteren Verlauf des Krieges noch einige Male wiederholte.

Die Fraktion bewilligte bisher gemeinsam mit den übrigen Fraktionen des Reichstages insgesamt 40 Milliarden Mark für Kriegszwecke.

Die Haltung der Fraktion war angezeigt, und ihre Folgen waren gute — was sogar die im übrigen in anderen Fällen am kritischsten gesinnten Kritiker der Fraktion zugeben.

Die polnische Fraktion hat den Weg der früheren Opposition verlassen und andere Bahnen betreten, nämlich den Weg der positiven Arbeit im Reichstage.

Das bedeutet, daß sie sich im Verein mit den übrigen Fraktionen positiv um das Wohl des deutschen Reiches zu bestreben begonnen hat in diesem ungewöhnlichen Kriege, der auch unseren polnischen Landen hier Zerstörung droht.

Auf dem Grundsatz der positiven Arbeit bewilligte die polnische Fraktion das zur Kriegsführung notwendige Geld, also auch z. B. zur Bewaffnung zwecks Beschützung unserer Lande vor einem russischen Einfall.

Unsere Volksgemeinschaft, welche die volle Verantwortung in diesem wichtigen und kritischen Augenblicke fühlt, begriff die Tragweite dieser Politik der Fraktion und billigte die Haltung der letzteren.

Diese Politik der Fraktion wird der „Kraj“ mit allen Kräften verteidigen und aus ihr die Konsequenzen für alle ziehen.

Wie es scheint, bietet sich dazu Gelegenheit.

Der Reichstag soll einige hundert Millionen zur Deckung der durch die Kriegsausgaben entstandenen Ausfälle des Etats für das Jahr 1916 bewilligen.

Wer bisher die Kriegskredite bewilligte, der hat naturgemäß auch für deren Verzinsung und Abzahlung — mit einem Worte für ihre Deckung zu sorgen.

Wir sind bis jetzt davon überzeugt, daß die Fraktion aus ihrer bisherigen Kriegspolitik die Konsequenzen ziehen und gemäß den Beschlüssen der Steuerkompromiß-Kommission des Reichstages, an der sie nach Abordnung ihres Vertreters teilnimmt, stimmen wird.

Aus Nr. 123 des Dziennik Kujawski (Hohenfalsa)
vom 28. Mai 1916.

Die Kommissionberatungen.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz.

Wohl kaum in einer anderen Session während des Krieges hat die Regierung dem Reichstag auf

einmal so viel Angelegenheiten zur Erledigung unterbreitet. Neben dem Budget finden wir auf der Tagesordnung: die Steuerfrage, die 10 Milliarden-Anleihe, die Änderung bzw. Erweiterung des Reichsvereinsgesetzes, die Frage der Herabsetzung der Altersgrenze bei dem Bezuge von Renten usw. Deshalb waren auch die Arbeiten in der Kommission von besonderer Bedeutung. Hier wurden nämlich die Grundlagen vorbereitet für die Gestaltung der Entwürfe in Formen, in welchen sie in den allgemeinen Sitzungen des Reichsrats vorgelegt wurden bzw. vorgelegt werden. Ehe diese Entwürfe ins Plenum gelangen, werden sie in der gegenwärtigen Kriegszeit in den Kommissionen schon soweit vorbereitet, daß sie in den öffentlichen Sitzungen ohne Änderungen angenommen werden. Aus der Abstimmung und den Erklärungen der Vertreter der einzelnen Parteien in den Kommissionen geht hervor, welche Haltung die betreffenden Parteien im Plenum einnehmen werden.

So ist z. B. die Steuerfrage schon jetzt abgetan. Über sie wird zwar erst am künftigen Dienstag und Mittwoch im Reichstag beraten werden, aber das Kompromiß, das zwischen der Regierung und den bürgerlichen Parteien, denen sich bekanntlich auch die polnische Fraktion angeschlossen hat, zustande gekommen ist, garantiert die Annahme der Entwürfe trotz des Widerstandes der beiden sozialdemokratischen Lager.

Zweifellos haben wir für alle Fragen ein lebhaftes Interesse. Die Steuerfrage verfolgt die Volksgesamtheit sehr eifrig, indem sie dabei die Taktik der Fraktion beobachtet, bezüglich welcher sie bisher noch keine offizielle Aufklärung erhalten hat. Breite Kreise interessiert auch lebhaft die Frage der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug von Renten schon aus dem Grunde, weil sie ein wichtiger Beitrag zu der materiellen Lage der Beteiligten ist. Mit nicht geringerer Aufmerksamkeit verfolgte die Volksgesamtheit alle Anstrengungen, die eine Änderung des Reichsvereinsgesetzes betreffen. Vor 2 Wochen schrieben wir über diese Änderungen ausführlicher. Bekanntlich hatte sich die Regierung damit einverstanden erklärt, den Arbeiterberufsverbänden, die bisher in der Praxis als politische Organisation betrachtet wurden, einen ausgesprochen unpolitischen Charakter zu geben. Dagegen wurden von der Regierung alle Änderungen, die darauf abzielten, die politischen Rechte der Jugendlichen zu erweitern und den Sprachenparagraphen aufzuheben, abgelehnt. Diese Änderungen hat die polnische Fraktion mit Rücksicht auf die unmittelbaren Folgen, unter denen auf Grund dieser Bestimmung unsere Volksgesamtheit zu leiden hatte, naturgemäß in den Vordergrund gerückt. Die Bemühungen der Fraktion hatten von vornherein keine Aussicht auf Erfolg. Die Fraktion betrachtete es aber angesichts des Umstandes, daß die Kommission über Änderungen beriet, denen gegenüber die Regierung einen wohlwollenden Standpunkt einnahm, als ihre Pflicht, mit dieser Frage von neuem vor die Öffentlichkeit zu treten. Es muß hier festgestellt werden, daß die Fraktion — soweit bürgerliche Parteien in Frage kommen — isoliert war. Von 5 Zentrumsleuten unterstützten nur 2 die Anträge der polnischen Fraktion. Auch die sogenannten offiziellen Sozialdemokraten haben sich nicht auf die Seite der Fraktion gestellt, sondern erklärt, daß man sich vorderhand mit der Änderung begnügen müsse, die die Regierung vorschläge. Und es handelte sich doch hier um die polnische Berufsvereinigung, bezüglich welcher die Fraktion den Antrag gestellt hat, daß die Berufsverbände nicht lediglich aus dem Grunde als politische Organisationen angesehen werden sollten, weil ihre Mitglieder nicht deutscher Nationalität seien. Die offiziellen Sozialdemokraten haben sich anscheinend dem Antrage der Fraktion aus dem Grunde nicht angeschlossen, weil er für sie kein größeres Interesse befaß

Betrachten sie doch die polnische Berufsvereinigung nicht nur als eine Organisation, die ihnen Konkurrenz macht, sondern auch als eine feindliche Organisation. Sie nehmen, nachdem jetzt ihre Berufsverbände nicht mehr als politische Organisationen betrachtet werden an, daß sie auf dem Boden dieser Erleichterung die polnischen Arbeiter werden in ihre Reihen hineinziehen können, und dies umsomehr, als für die polnische Berufsvereinigung die durch die Annahme des Gesetzes vorgesehene Erleichterung zweifelhafter Natur ist, da nicht nur der die Berufsverbände betreffende Antrag der Fraktion abgelehnt wurde, sondern vorderhand auch der Vertreter im Namen der Regierung keine positive Versicherung abgegeben konnte. (Die weiteren Ausführungen sind unverständlich — der Satz ist anscheinend verstümmelt, — Anm. der Überf.) Das, was sich in dieser Hinsicht aus den Kommissionsberatungen ergibt, ist lediglich seine persönliche Ansicht.

Die Anträge der polnischen Fraktion wurden abgelehnt. Bei der Abstimmung haben sich für sie nur die Antragsteller (Abgeordnete Seyda und Laszewski) erklärt. Bei dem Antrag auf Aufhebung des Sprachenparagraphen trat auf die Seite der Polen der Zentrumsmann Graf Frankenstein.

Unter solchen Verhältnissen blieb für die Vertreter der Fraktion und mithin auch für die Fraktion selbst nichts anderes übrig, als gegen die ganze Novelle zu stimmen. Gegen die Novelle stimmten auch die radikalen Sozialisten und die Konservativen. Die letzteren aus Gründen, die wir s. Zt. schon beleuchteten, insbesondere aber aus grundsätzlicher Abneigung gegen die Erweiterung der Koalitionsrechte für die Berufsverbände. Vom Zentrum stimmten gegen die Novelle die Abgeordneten Graf Frankenstein und Hoffmann.

Das Zentrum hat allerdings den Antrag gestellt, daß die Regierung in einem besonderen Gesetz den Sprachenparagraphen aufheben soll. Dieser Antrag wurde auch angenommen. Er hat aber vorderhand angesichts der amtlichen Erklärung lediglich theoretische Bedeutung, und zwar schon aus dem Grunde, weil sich die Regierung während der Kriegszeit jeder weiteren Änderung des Reichsvereinsgesetzes, mithin auch der einschränkenden Bestimmungen des Sprachenparagraphen gegenüber ablehnend verhält.

In der nächsten Woche wird sich der Reichstag in einer allgemeinen Sitzung mit diesen Fragen befassen. Es ist anzunehmen, daß die polnische Fraktion noch einmal ihre Anträge wiederholen und ihre ablehnende Haltung begründen wird.

Aus Nr. 12 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 31. Mai 1916.

Der „Kraj“ bringt eine Auslassung aus Nr. 427 der „Kölnischen Volkszeitung“ betreffend die Verhandlungen über die Vereinsgesetz-Novelle im vollen Wortlaut und setzt folgendes hinzu:

Im allgemeinen kann man mit diesen Ausführungen vollständig einverstanden sein. Sie atmen Gerechtigkeit und Wohlwollen für die Polen und zeigen, daß Verständigung und Einigkeit der beiden Nachbarvölker trotz der bisherigen Kämpfe unbedingt notwendig sind.

Neue Zeiten verlangen neue Orientationen, und zwar sobald als möglich.

Aus Nr. 118 des Kurjer Slonski (Gleiwitz)

vom 24. Mai 1916.

Im Anschluß an den in Nr. 1 des in Lissa erscheinenden „Kraj“ veröffentlichten programmatischen Artikel des Fürsten Drucki-Lubecki schreibt der „Kurjer Slonski“ folgendes:

Die obigen Betrachtungen bilden auch die Grundlage unseres politischen Standpunktes, den wir seit Anbeginn des Krieges einnehmen. Praktische Politik kann man nur mit Erfolg betreiben, wenn man sich den realen Verhältnissen anpaßt, welche durch die Umstände hervorgerufen werden, in denen wir nunmehr leben müssen. In sehr zahlreichen Artikeln haben wir dargetan und tun es immer noch, daß die gegenwärtigen Verhältnisse der Besserung des Schicksals der Polen dann günstig sind, wenn diese offen und aufrichtig auf die Seite der Zentralmächte treten werden.

Das, was heute ist, was der Krieg für die Zukunft ankündet, kann keineswegs mit dem Maßstabe der Vergangenheit gemessen werden. Vor dem Kriege standen wir zur Regierung in der Opposition, denn wir waren der Meinung, daß wir dadurch der Volksgesamtheit einen Dienst leisten. Gegenwärtig sprechen wir für eine Verständigung mit den Deutschen, weil wir der Überzeugung sind, daß das in den veränderten Verhältnissen der Volksgesamtheit nützlich ist. Die Politik ist kein toter Gegenstand, sondern lebendiges Leben. Jeder von uns betrachtet im privaten Leben die Sache von diesem Standpunkte aus. Wenn es sich um sein eigenes Wohl handelt, wählt er den Weg und die Mittel, die seinem Wohle am besten dienen. Eine solche Gelegenheit zur Besserung des Schicksals der Polen, wie die gegenwärtige, wird es nie wieder geben. Zu keiner Zeit nach der Teilung hatten die Polen solche Aussichten für ihre Zukunft wie jetzt. Diese Chancen zu festigen, ist nicht nur Aufgabe, sondern geradezu Pflicht eines jeden von uns. Und deshalb wünschen wir den Zentralmächten den Sieg, denn dieser Sieg ist auch der Sieg der polnischen Sache.

Aus Nr. 22 der Praca (Posen)

vom 28. Mai 1916.

Ein neuer politischer Vorposten.

Seit langem ging das Gerücht, daß im Großherzogtum Posen zwei neue große Tageszeitungen entstehen sollen. Diese Gerüchte beruhten auf Wahrheit. Ein neues großes Posener Organ ist noch im Entstehen begriffen, dagegen hat in diesen Tagen in Lissa unter der Schriftleitung des Abgeordneten Dombek der „Kraj“, das Organ des Fürsten Drucki-Lubecki, sein Erscheinen begonnen. Fürst Drucki-Lubecki umschreibt in dem von ihm verfaßten programmatischen Artikel den politischen Standpunkt des „Kraj“ mit folgenden Worten: „Wir wünschen — lesen wir dort — keinen einseitigen Ausgleich, sondern einen beiderseitigen Ausgleich zum beiderseitigen Wohl und auf der Grundlage eines beiderseitigen, wohlverstandenen Interesses — einen Ausgleich auf der Grundlage der Verwirklichung der uns gegebenen Versprechungen, denen wir vollen Glauben schenken nicht aus idealen Gründen und Beweggründen, sondern nach dem tatsächlichen Grundsatz, daß dies für alle Beteiligten der einzige vorteilhafte Weg ist“.

Mit dieser Erklärung stellt sich der „Kraj“ auf den Boden der tätigen Politik, einer Politik, welche sich erreichbare Ziele vorzeichnet und das Schicksal Polens und der Polen mit dem Schicksal der Mittelmächte, insbesondere Deutschlands, verknüpft, an deren Möglichkeit und Rolle einer Lösung der polnischen Frage er glaubt. So erfährt also die politische Richtung, welche von einer Reihe bekannter Persönlichkeiten und Blätter vertreten wird, in dem Lissaer „Kraj“ eine neue Stärkung. Drängen doch offenbar die unter dem Einfluß des Krieges sich umgestaltenden Verhältnisse immer mehr nach einer Revision des bisherigen Standpunktes, der bisherigen Politik des Abwartens, und sie scheinen den Polen immer aufdringlicher den Gedanken eines positiven Mitwirkens in der schwierigen

und verwickelten Angelegenheit der Lösung des polnischen Problems aufzuklären.

Wer die sich vollziehenden Wandlungen des deutschen politischen Gedankens nicht nur in der Presse, sondern in den Köpfen einzelner Leute, welche der Krieg mit Polen und mit seiner Bevölkerung bekannt gemacht und welchen er eine bessere Orientierung in der polnischen Frage ermöglicht hat, verfolgt, wird gezwungen sein zu bekennen, daß sich eine überaus wichtige Sache vollzogen hat, nämlich das, daß die Deutschen heute die Wichtigkeit der polnischen Frage auf der Basis der internationalen Politik, die erst lassige Bedeutung ihrer Lösung für die ganze europäische Politik und die Tatsache, daß diejenige Macht, welche diese Frage wirklich regeln wird, den tatsächlichen Sieg davontragen wird, ungleich besser und genauer verstehen. Polen ist heute in der Vorstellung vieler Deutschen geradezu zu einem riesigen Wert geworden. Es wird — nach ihrer Meinung — entweder ein ewiges Einfallstor für Rußland, also eine beständige Gefahr nicht nur für den europäischen Frieden, sondern für die Ganzheit Deutschlands und geradezu für das Dasein Preußens und Österreichs sein, oder aber es wird eine natürliche Festung dieser Staaten gegen den Osten, ja noch mehr, ein Riegel für den russischen Vormarsch nach Konstantinopel werden.

Polen hat also für Deutschland und Österreich einen unermesslichen Wert, wohl einen größeren Wert als die Provinzen, nach deren Eroberung es Frankreich und Italien gelüftet — und wer weiß, ob diese Erwägungen den Reichskanzler nicht dazu veranlaßt haben, daß er die Frage der Regelung der polnischen Frage in seiner Rede an die erste Stelle gesetzt hat, daß er sich in diesem einzigen Punkte klar und unverblümt grundsätzlich geäußert hat, indem er erklärte, daß er Polen nicht herausgeben werde, sondern daß er die polnische Frage ehrlich lösen werde. In welcher Weise sich aber der Reichskanzler die Lösung der polnischen Frage vorstellt, kann man aus den im Königreich Polen angewandten Methoden schließen, wo das polnische Schulwesen von den Volksschulen bis zu den Universitäten einschließlich des Volksschulvereins (Macierz) wieder ins Leben gerufen werden, wo der Hauptstadt eine Selbstverwaltung mit einer Wahlordnung verliehen wird, welche dem polnischen Element den bestimmenden Standpunkt gewährleistet, wo den russifizierten polnischen Ortschaften und Straßen die polnischen Namen wiedergegeben werden, wo schließlich die Veranstaltung von Nationalfeiern großen Stils genehmigt wird usw.

Dieses Polen, welches von Deutschland im Königreich Polen gebaut wird, kann in keiner Form in Preußen untergebracht werden, kann kein Gegenstand einer deutschen Annexion sein. Es könnte eher in das staatliche System Österreichs eintreten, es ist jedoch, wenn nicht alles täuscht, im voraus dazu bestimmt, als besonderer Staat ein Bestandteil des großen mitteleuropäischen Staatenbundes zu werden.

So stellt sich die Sache in kurzen Worten vom Gesichtspunkt des politischen Interesses Deutschlands dar. Der deutsche politische Verstand kann weder eine Annexion Polens, noch seine Teilung wollen. Er muß jedoch Garantien fordern, daß das befreite und wiederhergestellte Polen sich nicht mit Rußland gegen die Mittelmächte verbinde. Diese Garantien bestehen: Einmal in der Geschichte Polens, welches niemals einen Drang nach dem Westen hatte, sondern seine Expansionskraft nach dem Osten richtete, wo auch heute noch jene ausgedehnten Gebiete liegen, welche den polnisch-russischen Zankapfel bilden; sie bestehen ferner in der Orientierung der polnischen westlichen Kultur und in dem tiefen Abgrund, welcher die polnische Seele von der russischen trennt; sie werden in Zukunft in der Konsolidation des mitteleuropäischen Bundes bestehen,

welche zwischen Mitteleuropa und seinem Osten eine Demarkationslinie ziehen wird, innerhalb welcher die Lebensinteressen aller dieses Zentrum bildenden Staaten gebührenden Schutz finden müssen, wenn dieser Bund Zweck, Sinn und Dauer haben soll.

Wer demnach, wie die Gründer und die Redaktion des „Kraj“ an den endgültigen Sieg des politischen Verstands Deutschlands glaubt, wird auf die Entwicklung dieser den polnischen Interessen wohlwollenden politischen Richtung in Deutschland stützend und ermunternd einwirken, und er wird gleichzeitig bemüht sein, die der Verwirklichung ihrer Postulate sich entgegenstellenden Befürchtungen und Zweifel zu zerstreuen und abzuweichen. In dem Verh. ltnis zur Volksgesamtheit ist von dem „Kraj“ eine erschöpfende Erörterung des polnischen Problems vom Gesichtspunkt seiner Lösung durch die Mittelmächte, eine Darlegung der sich daraus ergebenden wahrscheinlichen Ergebnisse und der sich eröffnenden politischen Aussichten zu erwarten. Der neue publizistische Vorposten wird also, wie man erwarten darf, der Sachwalter und der Förderer der Ideen sein, welche in Ermangelung eines geeigneten Organs bisher nur bruchstückweise und gelegentlich, ohne genügende argumentierende Unterstützung zur Kenntnis der öffentlichen Meinung im Großherzogtum Posen gelangten. Seine Arbeit kann der Volksgesamtheit dazu verhelfen, sich in der vom gegenwärtigen Kriege grundlegend veränderten Lage besser zu orientieren, den Blick sowohl auf polnische, als auf deutscher Seite für die sich auf beiden Seiten vollziehenden Umwertungen vieler bis vor kurzem als unerschütterlich geltenden Werte zu schärfen und auf diese Weise die zu einer besseren Zukunft führenden Wege zu ebnen.

Aus Nr. 124 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 31. Mai 1916.

„Pro causa iudaica“

Diesen Namen trägt eine in der Schweiz mit dem Sitz in Zürich gegründete Organisation. Sie veröffentlichte einen Aufruf, den wir nachstehend in wörtlicher Übersetzung aus dem Deutschen wiedergeben:

„Das neuerdings gegründete Komitee „Pro causa iudaica“ hat sich die Aufgabe gestellt, die Aufmerksamkeit der gesitteten Welt auf die jüdische Sache zu richten. Sie umfaßt zwei große jüdische Probleme: Die Forderung der Gleichberechtigung, deren Erfüllung Millionen von deklassierten Juden Menschenrechte verleihen soll, und die Angelegenheit des Ansiedelungs-Auswanderertums des Teiles der jüdischen Nation, der nach einer eigenen kulturellen und wirtschaftlichen Existenz strebt.

Das Komitee will zunächst und in erster Linie die Forderung der Gleichberechtigung der Juden in Rußland, Polen und Rumänien zum Gegenstand der Diskussion machen und die Welt von der Notwendigkeit der wirtschaftlichen und politischen Befreiung der jüdischen Massen in diesen Ländern überzeugen.

In Rußland und in Polen leben über 6 Millionen Juden in den kläglichsten Verhältnissen, rechtlos, zu Haufen getrieben, ohne die Freiheit, von einem Orte in einen anderen zu verziehen, unaufhörlich in der Furcht vor blutigen Pogroms, der Gnade einer nichtverantwortlichen Bureaucratie ausgeliefert.

In Rumänien werden 250 000 Juden als Fremde betrachtet, ungeachtet des Berliner Vertrages und der formellen Zusicherung der rumänischen Regierung, und man läßt sie einer Politik der Verfolgung und der Bedrückung zur Beute

werden, die zu völliger Verarmung und Ausrottung führt.

Das Komitee wird über alle diese Angelegenheiten Broschüren und Flugchriften herausgeben, Konferenzen einberufen und sich mit allen jüdischen Organisationen in den neutralen und in den kriegsführenden Ländern verständigen zwecks Herbeiführung einer gemeinsamen Aktion besonders bei Gelegenheit der Friedensverhandlungen. Das Komitee wird dafür sorgen, daß die Presse, sowie alle politischen Parteien und sozialen Organisationen, die das Ideal der Gerechtigkeit verteidigen, sich der jüdischen Sache annehmen.

Das Komitee fordert Juden und Christen, welche die gute Sache unterstützen wollen, zu sich solidarisierten Erklärungen und zu materiellen Spenden auf."

Soweit der Aufruf: Er spricht für sich und bedarf keiner ausführlichen Bemerkungen. Höchstens muß man unterstreichen, daß sich auch in ihm die Fabel von „blutigen Juden-Pogroms“ in Polen wiederholt. Dieses Märchen hatte der dänische Jude Brandes in die Welt gesetzt. Seit der Zeit haben wir mehrfach davon gehört, es hat jedoch niemand auch nur eine einzige der geheimnisvollen polnischen Ortschaften angeführt, in denen „Pogrome“ stattgefunden haben. Die Verfasser und Kolporteurs dieses Märchens geben sich bestimmt Rechenschaft darüber; das hindert sie jedoch nicht in ihrer Arbeit: denn sie verfehlt ja ihren Zweck nicht — wenigstens bei kritiklosen Leuten, deren es doch in der Welt sehr viele gibt.

Welche Bedeutung das Komitee „Pro causa iudaica“ haben wird, das ist schwer vorauszusehen; seinen Aufruf haben mehrere Duzend Juden aus der Schweiz unterschrieben, die, nach den Titeln zu urteilen, hervorragende gesellschaftliche Stellungen einnehmen; daraus ist zu schließen, daß es sich hier um eine beachtenswerte, in größerem Maßstabe gedachte Aktion handelt.

Die Ergebnisse der Tätigkeit des neugegründeten Komitees als solchen ist schließlich eine Sache von untergeordneter Bedeutung; die Hauptbedeutung dieser Aktion beruht in ihrer Systematik, darin, daß ebensolche oder verwandte Bestrebungen überall auf der ganzen Welt unternommen werden, wo irgend Juden wohnen. In dieser Hinsicht entfalten die Juden eine geradezu imponierende Tätigkeit, die in Verwunderung und Erstaunen versetzt. Sie geben sich vorzüglich Rechenschaft darüber, daß in der heutigen internationalen Verwirrung derjenige einen der Haupttrümpfe in seiner Hand haben wird, der die Meinung der gesitteten Welt für sich gewinnen wird.

Meister in einer Tätigkeit dieser Art und in der Art und Weise ihrer Durchführung sind gerade die Juden; sie können anderen zum Muster dienen. Wieviel fehlt uns z. B. im Vergleich mit ihnen in dieser Hinsicht!

Aus Nr. 8 des Kraj (Lissa i. P.)

vom 26. Mai 1916.

Die Engländer und Franzosen gegenüber der polnischen Frage.

Oft begegnen wir in der polnischen Presse der Ansicht, daß wir in den Franzosen und Engländern überaus warme Freunde und Bundesgenossen hätten, die bei der endgültigen Liquidierung des Weltkrieges auf keinen Fall unsere Schädigung zulassen würden. Diese Überzeugung ist bei uns so verbreitet und dabei im Grunde genommen so übertrieben und unbegründet, daß man sich mit der Sache spezieller befassen muß. Wir wollen daher den Versuch machen, in zwei Ar-

tikeln den Standpunkt der Engländer und Franzosen zur polnischen Frage, wie er sich im Lichte der Wahrheit in der Londoner und Pariser Presse darstellt, zu skizzieren.

1.

Die Engländer.

Von den mit Rußland verbündeten westlichen Völkern haben sich die Engländer am wenigsten mit der polnischen Sache befaßt und am wenigsten von ihr geschrieben. Es gibt bei ihnen nach dieser Richtung hin fast gar keine Tradition, die trotz allem so stark in Frankreich und sogar in dem den Polen weniger nahestehenden Italien entwickelt ist und die in der Geschichte durch die Beteiligung von Polen am Feldzuge Garibaldis besiegelt wurde. Das Wort „Polen“ weckt in der Seele des Engländer keinen gefühlsmäßigen Widerhall. Die polnischen Schriftsteller suchten während des Krieges aus der Vergangenheit englisch-polnische Beziehungen hervorzuholen und, soweit als möglich, in Erinnerung zu rufen: ihre Ausbeute ist jedoch merkwürdig wenig ergiebig. Das Auftreten Fox in Sachen der Teilungen, die papierenen Sympathien nach dem Jahre 1830, der theoretische Einspruch der englischen Regierung gegen die Einverleibung des Freistaats Krakau: das ist bis zum Krimkriege ungefähr alles.

Während des Krimkrieges steigerten sich die Sympathien Englands für Polen etwas. Damals stellte im Unterhause der Abgeordnete Drummond fest, daß man den Krieg mit Rußland mit der Verkündung der Unabhängigkeit Polens beginnen müsse. Die Strömung der öffentlichen Meinung nach dieser Richtung hin wuchs in bedeutenderem Umfange; sogar die „Times“ — ein damals maßgebenderes Blatt als heute —, trat für die Unabhängigkeit ein. Die Regierung folgte jedoch der öffentlichen Meinung nicht. Fügen wir noch die mißlungene diplomatische Intervention vom Jahre 1863 hinzu, so wird unser Gegenstand fast erschöpft sein. Einige Absätze über Polen, besonders über das Polen nach der Teilung, in denen die Verdienste der Polen um die Verallgemeinerung und um das Inswertsetzen des Grundgesetzes der Nationalität hervorgehoben wurden, kann man auch in den Werken der englischen Historiker und Politiker vor dem Kriege finden. Alles das ist jedoch überaus ärmlich.

Unnützlich ist somit jede Meinung der Engländer, daß sie sich schon längst für Polen interessiert hätten, da sie doch selbst zugeben, daß dies nicht der Fall war. „Die Geschichte Polens ist uns wenig bekannt; wir wissen nur, daß die Polen ein befähigtes Volk sind“ — so schrieb der „Daily Telegraph“ im Mai des Vorjahres. Fürwahr ein ausgebehntes Wissen! Daß die Engländer nicht einmal die elementarsten Kenntnisse von Polen haben, davon zeugt das unlängst herausgegebene Buch des Minian Hill, das in polnischen Sachen geradezu eine Fibel ist. Und ganz vor kurzem, nämlich in den letzten Tagen, behauptete der „London Catholic Herald“, Ignaz Paderewski sei ein Jude. Die Polen selbst aber haben von Beginn des Krieges an lächerlich wenig zur Information der Engländer getan. Anderen Völkern gegenüber haben wir übrigens ebenso gehandelt, was als großer Fehler zu betrachten ist.

Was die grundsätzliche Frage betrifft, daß Polen während des Weltkrieges eine größere Rolle spielen könnte, das haben die Engländer anfangs so wenig vermutet, daß ihnen dies erst der Aufruf des Nikolaus Mikolajewicz offenbart hat. Der diesen Aufruf besprechende Artikel der „Times“ verrät geradezu Erstaunen. Erst im Laufe der Ereignisse begannen den Engländern allmählich die Augen aufzugehen. Aber die Interessen der Engländer — wenigstens die unmittelbar greifbaren Interessen — sprachen

in der polnischen Sache nicht deutlich für letztere. Man hat auch polnischerseits nichts getan, um in dem englischen Volke jene Überzeugung von der internationalen Bedeutung der polnischen Frage aufrechtzuerhalten und es davon zu überzeugen, daß auch die polnische Nation ihre bestimmten Forderungen habe.

Die Unkenntnis der Engländer bezüglich der Polen und der polnischen Forderungen hatte längere Zeit hindurch zur Folge, daß Polen, da es für ihr Empfinden nichts war, gleichzeitig auch für ihre Politik nicht einmal eine einfache Schachfigur gewesen ist. Es war nur die Möglichkeit einer Figur, die eine solche werden sollte oder erst werden könne. Daher auch die völlige Zurückhaltung der Engländer im Außern irgendwelcher Absichten bezüglich der Polen. Man registrierte ganz einfach die papierernen russischen Versprechungen, der Standpunkt der englischen Regierung aber findet in der bekannten Antwort von Sir Grey auf die Interpellation des Abgeordneten King ihren Ausdruck. In dieser Antwort stellt Grey einzig fest, daß der Aufruf des Nikolaus Nikolajewicz der englischen Regierung formell mitgeteilt worden sei. Somit Passivität, Fernhalten, Gleichgültigkeit auf jedem Schritt. Man kann geradezu nicht einmal von dem oder jenem Standpunkt Englands Polen gegenüber schreiben: Es sind das nur Möglichkeiten eines Standpunkts, gleichsam Anzahlungen auf einen solchen Standpunkt.

Wenn sowohl Frankreich, als auch England und Italien bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit dafür halten, daß sie in Verteidigung des Nationalitätengrundsatzes kämpfen, so müssen wir eine solche ideale Begründung des Krieges zum mindesten bezüglich der Engländer mit großem Vorbehalt aufnehmen. Der Nationalitätengrundsatz ist doch unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Grunde genommen ein revolutionärer Grundsatz. Und darum kann er höchstens die Romanen anziehen, die nach Temperament und Tradition revolutionären Methoden zuneigen; für die Engländer steckt darin jedoch Unangenehmes, Unerwünschtes, und das wird für sie immer darin stecken. Dieser Grundsatz gerät jedoch geradezu in Konflikt mit einem anderen Grundsatz, aus dem eben gerade die Engländer den Eckstein ihrer eigenen Kriegsideologie gemacht haben. Es ist dies die Achtung vor Verträgen. Es läßt sich mit Leichtigkeit nachweisen, daß England zuerst Verträge nicht geachtet hat, wenn dies in seinem Interesse lag; aber man darf nicht vergessen, daß England selbst in der Geschichte tüchtig zu dem heutigen Status Polens beigetragen hat, sodaß es auf diesem Boden im Verhältnis zu den Polen auch in Zukunft stehen muß, solange irgendwelche übermächtige Gründe es nicht zwingen.

Ebenso oft begegnen wir in der Presse des Vierverbandes der Forderung der „Freiheit der kleinen Völker“, zu denen gewöhnlich auch das polnische gerechnet wird. Aber auch hier kann man sagen, daß England als Inselreich ein lebhaftes Interesse daran hat, daß das europäische Festland staatlich recht sehr zerstückelt sei. Ein Alp aber ist für England ein so mächtiger Kontinentalstaat, daß er sich gleichzeitig eine große Armee und eine große Flotte gestatten könnte, eventl. eine solche Koalition oder ein Staatenbund, deren Flotten der englischen gewachsen wären. Je ärger die Zerstückelung ist, desto erwünschter ist das für England. Was besonders Polen betrifft, so könnte es für die Engländer niemals ein Konkurrent auf dem Meere werden, und wäre es auch nur ein Handelskonkurrent. Das ist aber auch nur — wie mit einem gewissen Zynismus in der „British Review“ festgestellt wurde, der einzige Gesichtspunkt, von welchem aus England im Falle der äußersten Notwendigkeit

bereit wäre, eine künftige politische und nationale oder staatliche Autonomie Polens zu besprechen... ein für die Polen fürwahr wenig bedeutender Gewinn. Seine einzige gute Seite ist höchstens, daß die Engländer sich heut wenigstens nicht gegen die Polen lehnen. Schon darin kann man einen gewissen Fortschritt sehen, besonders angesichts einer anderen — im übrigen deutlich vom „Daily Graphic“ hervorgehobenen unbestreitbaren Tatsache, daß die Polen ein offenes Sicherklären seitens Englands für Polen weder während des Krieges, noch nach dessen Beendigung erwarten können.

Aus Nr. 5 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 25. Mai 1916.

Der Papst und die italienische Presse.

Die italienische Presse führt gegenwärtig eine interessante Polemik. Die „Stampa“ und die „Tribuna“ treten mit einer originellen Behauptung auf: das Bestreiten dessen, daß der Papst an Wilson zu dem Zwecke geschrieben habe, die Vereinigten Staaten von dem Aufgeben der Neutralität abzuhalten, ist nach der Behauptung dieser Blätter die Anerkennung des Grundsatzes seitens des Vatikans, daß der Papst selbst die Neutralität verletzen würde, wenn er einen Schritt täte, der zur Aufrechterhaltung des Friedens in einem an diesem Kriege nicht beteiligten Staate beitragen würde. Das Austauschen eines neuen Ringers würde möglicherweise die Waagschale des Sieges zugunsten eines der kämpfenden Seiten neigen.

Natürlich bekämpfen die katholischen Zeitungen diese Theorie, indem sie behaupten, daß es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Oberhauptes der Kirche, des Statthalters Christi sei, die Menschheit vom Blutvergießen zurückzuhalten.

Der bekannte katholische Führer Marchese Crispolli, (dessen Onkel Prior der Kamedulenser war) macht in dem „Corriere d'Italia“ darauf aufmerksam, daß die Stellung des Papstes ihn doch über die Kämpfe der Regierungen, Parteien und Völker stelle, daß der heilige Vater sein Bedauern darüber ausgedrückt habe, daß Italien die Leiden nicht erspart worden seien, die der Krieg herbeiführe, noch die Tränen, die er auspresse. Schließlich sei doch der ganzen Welt bekannt, daß es der Traum des Papstes sei, den Frieden wieder herzustellen und somit auch dem entgegenzuwirken, was den Kriegsbrand noch steigern könnte.

Wir sind natürlich mit den Ausführungen des Marchese Crispolli einverstanden und fügen hinzu, daß die Schritte, die der Papst zum Zwecke der Beruhigung der irischen Unruhen unternommen hat, selbst den chauvinistischsten Zeitungen der Mittelmächte keinen Anlaß zum Protest gegeben haben, ungeachtet des unbestreitbaren Nutzens, den diese Unruhen der Seite bringen würden, auf der wir stehen.

Das Auftreten der „Stampa“ und der „Tribuna“ geben uns einen Maßstab für die Objektivität des italienischen Urteils, und uns bestärken die Blätter in der Meinung, daß nur die Unabhängigkeit des Kirchenstaates dem Papste die wirkliche Freiheit geben wird, die für das Oberhaupt der Kirche unentbehrlich ist.

A. — Z.

Aus Nr. 263 des Głos Narodowy (Kraśau)
vom 24. Mai 1916.

Die Idee Marcinkowski's.

Im Zentrum der Stadt Posen, in der verkehrsreichsten Gegend, in der Wilhelm- und Neuenstraße, welche letztere nach dem Alten Markte führt, erhebt

sich ein in ganz Polen bekanntes großes Gebäude, der sogenannte „Bazar“. Das Erdgeschoß dieses kolossalen Gebäudes enthält eine lange Reihe erstklassiger Geschäftslokale, die im Sinne des Fundators des Hauses nur von Polen gemietet werden können. Vor über 70 Jahren, als dieses Gebäude aufgeführt wurde, war der Bazar der erste große Platz und die erste den sich wiederbelebenden polnischen Handel in Posen schützende Institution; jetzt ist er nur noch das Symbol der vollführten Wiedergeburt. Dieses Haus, das in der Hauptstadt Großpolens seine geschichtliche Aufgabe in vorzüglicher Weise erfüllt hat, ist das Werk des unvergeßlichen Dr. Karl Marcinkowski.

Seit ebenfalls über 70 Jahren entfaltet im preußischen Gebietsteile eine Institution, der ersten ähnlich, ihre Tätigkeit, die den Zweck hat, der polnischen Volksgesamtheit städtische Intelligenz zu geben, die gebildet und wirtschaftlich stark ist. Es ist das der „Verein für Unterrichtshilfe“. Auch sein Name ist in ganz Polen bekannt, auch er ist so mächtig emporgestiegen, wie die Mauern des Posener Bazars. Er verfügt über Millionen große Fonds und gab Tausende von Arbeitern, welche die Grundlagen unserer Existenz im Westen gefestigt haben. Dieses zweite große Institut ist ebenfalls von Dr. Karl Marcinkowski ins Leben gerufen worden.

Der Schöpfer des „Bazars“ und des „Vereins für Unterrichtshilfe“ war eine der herrlichsten Gestalten in unserer Geschichte. Er war ein Mensch mit großem Verstande, großem Herzen und großer geistiger Kultur, ein ausgezeichnete Arzt und Philantrop, das Muster eines Bürgers, der nur dem einen Gedanken lebte: dem Vaterlande zu helfen!

Charakteristisch ist es, daß sich Marcinkowski angesichts der Fermente der Jahre 1846 bis 1848 mißtrauisch und kühl verhielt. Das größte Gewicht legte er der Beendigung des inneren Volksbaues bei, des Volksbaues, der sich stützen sollte auf die eigene heimische Kraft, so daß dieser Bau auch nicht von den gewaltigsten feindlichen Stürmen erschüttert werden konnte. Erst auf solchen Grundlagen stellte er sich die Möglichkeit gedeihlicher Änderungen unseres Schicksals vor. In der Konstruktion der polnischen Volksgesamtheit war eine empfindliche und gefährliche Lücke sichtbar — es fehlte in ihr der wohlhabende und aufgeklärte Städter. Die Überreste dieser Volksschicht schwanden von Geschlecht zu Geschlecht, und ihre Stelle nahm der arbeitsame deutsche Stadtbewohner und häufiger der verschlagene Jude ein, der sich schon damals bewußt den polnischen Interessen entgegenstellte und sich ostentativ mit denen zu vereinigen suchte, die die Macht in Händen hatten. In schlaflosen Nächten wandte sich Marcinkowski's Gedanke dem Umstande zu, die Polen den vernachlässigten Plätzen des Handels, der Industrie, des Handwerks, wie insbesondere der städtischen Berufe zuzuführen. Seinem Gedanken folgten zwei große Taten: Der „Bazar“ und der „Verein für Unterrichtshilfe“, beide unter der Losung: die polnische Kraft in den Städten zu schaffen und sicherzustellen!

Im Posenschen fand die Idee Marcinkowski's vollen Anklang.

Wenn wir uns vom „Bazar“ aus in das Labyrinth der belebtesten Posener Straßen begeben, dann bietet sich uns ein Bild, daß in anderen Teilen unseres Gebietes unbekannt ist: Wir finden großstädtisches Leben, eine Werkstatte neben der anderen, ein Geschäft neben dem anderen, alles polnisch, nur polnisch. Die polnische Fürsorglichkeit erstand Dreiviertel des alten Marktplatzes, der zu Zeiten Marcinkowski's fast ganz Eigentum Fremder war. Wenn man das abrechnen würde, was nur mechanisch zur

Stadt gehört (Posen ist die zweitgrößte Beamtenstadt im Staate), dann würde es sich erst zeigen, wie sehr die Hauptstadt Großpolens unsere ist. Die Folgen desselben Prozesses — doch nicht überall — bemerken wir, wenn wir uns in das Innere des Landes begeben.

Der fruchtbaren Idee Marcinkowski's folgte bei uns in Arkan mit seinem neuerlichen schönen Testamente Eustachius Jara Chronowski, indem er sein Hunderttausende betragendes Vermögen für die Ausbildung der polnischen Jugend auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes bestimmte. Dieselbe Sorge, welche einst den dortigen Sohn einer armen Schuhmacherfamilie in Posen beseelte, übertrug sich auch auf Chronowski, als er die Frucht seines arbeitsreichen Lebens den Landsleuten überließ. Ähnlich wie Marcinkowski, der mit Sorge darauf blickte, wie das polnische Posen schwindet, sah Eustachius mit Furcht und Bangen auf das stufenweise Schwinden des Polentums in Arkan und der Städte dieses Teiles unseres Landes. Eustachius Chronowski gehörte zu denjenigen bei uns, die hinlänglich Klugheit und Mut besaßen, um durch den Flitter hindurch die Wirklichkeit der Sache zu erkennen. Er sah wohl allmählich, aber doch ständig den sich öffnenden Abgrund, und für seine Überbrückung opferte er sein im Schweige des Angeichts erworbenes Vermögen. Der Losung Karl Marcinkowski's folgte das Posensche in seiner ganzen Ausdehnung. Wenn wir in unserem uralten Arkan, wenn wir in diesem Teile des Landes unser Schicksal für immer festigen und die Kräfte, wie unsere Brüder im Posenschen, allen Stürmen entgegenstellen wollen, dann müssen wir unentwegt der Idee des Testaments des Eustachius Chronowski folgen. A. Ch.

Aus Nr. 121 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 27. Mai 1916.

Das Gewerbehaus.

Die Generalversammlung der Baugenossenschaft „Dom Przemysłowy“ (Gewerbehaus) fand gestern am 25. d. M. im Saale der „Königin Hedwig“ unter der Beteiligung von kaum 20 Mitgliedern statt.

Eröffnet und auf Wunsch geleitet wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats Sanitätsrat Dr. Pomorski, der zum Schriftführer Herr Ezeslaus Zeitgeber berief und betonte, daß die Genossenschaft sich gedeihlich und normal entwickle und auf dem besten Wege sei, das Ziel zu erreichen und den Mitgliedern Vorteile zu bringen, ungeachtet dessen, daß das Jahr des Weltkriegs auch auf sie ungünstig eingewirkt habe. Die Ausgaben seien bedeutend gewachsen, die Einkünfte aus dem Hause hingegen infolge von Mietsermäßigungen, die einigen gewerbetreibenden Mietern wegen erschwelter Erwerbsverhältnisse zugestanden wurden, von 65 664 Mk. auf 63 484 Mark gesunken. Die Reservefonds seien von 87 886 Mark auf 95 717 Mark und der Vorrat an Bargeld von 9 045 Mark auf 17 182 Mark gestiegen.

Herr Baumeister Stanislaus Rzepecki trug die Bilanz vom 31. 12. 1915 vor, die ein Vermögen von 930 514 Mark und eine Schuldenlast von 918 824 Mk. aufweist, so daß der Gewinn 11 690 Mark beträgt.

Nach Erstattung des Berichts der Revisionskommission durch Herrn Filipowicz, wurde dem Vorstände und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt.

Sodann entwickelte sich eine eingehende Diskussion über die Verteilung des Gewinns. Der Vorstand und der Aufsichtsrat schlugen vor, für den Reservefonds 2 400 Mark, als Dividende (10 Mark vom

Anteil) 3 000 Mark, zur Übertragung auf das Jahr 1916 — 6 290 Mark zu bestimmen.

Herr Filipowicz beantragte, eine bestimmte Summe als Remuneration für den Aufsichtsrat auszuwerfen. Lange Jahre hindurch habe der Aufsichtsrat uneigennützig gearbeitet; heute, wo die Genossenschaft hierzu in der Lage sei, gebühre den Mitgliedern des Aufsichtsrats für ihre Arbeit und Mühe eine gewisse Entschädigung.

Nach der Debatte beschloß die Generalversammlung, für die Aufsichtsratsmitglieder von dem Reinertrag 400 Mark auszuwerfen und auf das Jahr 1916 statt 6 290 Mark nur 5 890 Mark zu übertragen.

Die drei ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats wurden wiedergewählt: M. Droste, Dybizbanski und Viktor Loga.

Ferner unterließ die Versammlung die Wahl der Revisionskommission aus dem Kreise der Versammlung als überflüssigen Ballast, da die Revisionskommission aus dem Kreise des Aufsichtsrats jetzt vollständig genüge.

Eine längere Debatte rief die Satzungsänderung betreffend die nicht abgehobene Dividende hervor. Schließlich wurde die Abänderung des § 23 der Satzungen angenommen, wo unter Nummer 4 folgender Absatz eingefügt wurde: „Dem Reservefonds wird zugeschlagen: die im Laufe von 5 Jahren nicht abgehobene Dividende.“

Zum Schluß erläuterte das Vorstandsmitglied Herr Baumeister Stanislaus Rzepecki verschiedene Positionen aus der Übersicht über die bisherige Entwicklung der Genossenschaft, indem er hervorhob, daß in diesem Jahr 8 000 Mark Schulden abbezahlt worden seien und daß man nach 8 Jahren werde an die Erhöhung der Dividende denken können. Der Vorsitzende bot dann Aufklärung zu den von Versammlungsteilnehmern gestellten Fragen und schloß nach der Verlesung des Protokolls die Versammlung.

Aus Nr. 22 des Robotnik (Posen)
vom 28. Mai 1916.

Die XVI. Delegierten-Versammlung des Verbandes Katholischer Vereine polnischer Arbeiter der Erzdiözese Gnesen-Posen

sand, wie angekündigt, am Montag, den 22. Mai d. Js. in Posen statt.

Die Zusammenkunft begann mit einem Gottesdienste in der Pfarrkirche, den der Vorsitzende des Verbandes, Prälat Stychel, unter zahlreicher Beteiligung der Delegierten vormittags um 9³/₄ Uhr abhielt. Die Posener Verbandsvereine hatten dazu ihre Fahnen zur Verfügung gestellt.

Um 11 Uhr vormittags eröffnete der Vorsitzende die Zusammenkunft im „St. Hedwigshause“ und begrüßte in herzlichen Worten die Vertreter unserer Vereine.

Nach längerer Pause, so führte er aus, sind wir wieder zusammengekommen, um unsere Kräfte zu sammeln, um darüber zu beraten, wie wir weiter arbeiten sollen, wie die Hindernisse zu beseitigen sein werden, die uns der Krieg in den Weg gelegt hat. Der Krieg hat in unseren Reihen bedeutende Lücken verursacht. Groß ist die Zahl derer, die nicht wieder zurückkehren werden. Gedenken wir ihrer in unseren Gebeten. Möge uns ihr gutes Beispiel, das sie uns bei der Arbeit in den Vereinen gegeben haben, zur Nachahmung anspornen. Heute aber wollen wir das Gedächtnis unserer Brüder durch Erheben von den Plätzen ehren. — Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der Erzbischof zum Beweise seines großen Wohlwollens für den Verband den Delegierten seinen erzbischöflichen Segen erteile.

Auf Grund der am Saaleingange abgegebenen Legitimationskarten wurde festgestellt, daß an der Versammlung 252 Vertreter unserer Vereine teilgenommen haben, darunter 75 geistliche Patrone und Vizepatrone und 177 weltliche Delegierte. Vertreten waren 158 Verbandsvereine; 20 Vereine haben das Ausbleiben ihrer Delegierten entschuldigt, nicht getan haben das 93 Vereine.

Geistlicher Mendlewski aus Parkowo erstattete im Namen der Revisions-Kommission Bericht über die Kassenrevision im Jahre 1914 und 1915. Er erklärte, daß die Revisions-Kommission die Kasse und die Bücher zweimal geprüft und alles in Ordnung befunden habe. Die Versammlung erteilte dem Hauptvorstande Entlastung.

In die Revisions-Kommission wurden für das Jahr 1916 die bisherigen Mitglieder wiedergewählt, nämlich: Geistlicher Mendlewski aus Parkowo, Paul Polaszel aus Jilehne und Walentin Michalak aus Rogasen.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete die Festsetzung des Etats für das Jahr 1916. Zunächst nahm das Wort der Generalsekretär, Geistlicher A. Ziejcki; er führte aus: Wie aus dem Kassenbericht des Verbandes hervorgeht, sind die Einnahmen des Verbandes in der Zeit des Krieges ungeheuer zusammengeschmolzen. Das ist hauptsächlich infolge des Rückganges der Zahl der Abonnenten des „Robotnik“ erfolgt, die sich fast um die Hälfte verringert hat. Der Reingewinn aus dem „Robotnik“, der Haupteinnahmequelle des Verbandes, ist um 10 000 Mk. gesunken. Infolgedessen müssen wir unsere Ausgaben unbedingt einschränken. Alle vorhergesehenen Einnahmen betragen insgesamt 8 700 Mk., und diese Summe kann sich sehr leicht noch verringern, wenn das Abonnement des „Robotnik“ noch weiter fallen sollte. Diesen vorhergesehenen Einnahmen muß der Hauptvorstand die Verbandsausgaben anpassen. Aus diesem Anlaß wird es nicht mehr möglich sein, unsere so sehr notwendigen Rechtsschutzbureaus weiterhin zu erhalten, man wird sie am 1. Juli auflösen müssen. Wir haben im Etat für die Rechtsschutzbureaus nur noch 2 500 Mk., d. i. soviel, als zu ihrer Unterhaltung vom 1. Januar bis zum 30. Juni d. J. erforderlich ist. — Im Namen des Hauptvorstandes bat der Redner um Annahme des Etats.

Der den Delegierten vorgelegte Etat stellt sich wie folgt dar:

Vorhergesehene Einnahmen:

1. Gewinn aus dem „Robotnik“	6 000,— Mk.
2. Verbandsbeiträge	2 500,— „
3. Zinsen	200,— „
zusammen:	8 700,— Mk.

Vorhergesehene Ausgaben:

1. Ausgaben des Hauptvorstandes und des Generalsekretariats:	
Gehälter:	
a) des Generalsekretärs	1 500,— Mk.
b) d. I. Verbandsbeamten	2 100,— „
c) d. II. Verbandsbeamten	1 800,— „
zusammen:	5 400,— Mk.
2. Krankenkasse und Versicherung für die Verbandsbeamten	600,— Mk.
3. Rechtsschutz	2 500,— „
4. Porto und andere Ausgaben	200,— „
zusammen:	8 700,— Mk.

Nach dem Vortrage des Generalsekretärs entwickelte sich eine lebhafteste Diskussion.

Der Delegierte Maczowiak aus Komornik stellte die Frage, welches die Ursache sei, daß die Zahl der Abonnenten des „Robotnik“ zurückgegangen sei. Der

Romorniker Verein abonnierte soviel Exemplare wie vorher. Für die im Heeresdienste befindlichen Mitglieder erhielten den „Robotnik“ die Ehefrauen, die das Blatt, nachdem sie es gelesen, den Männern ins Feld schickten.

Der Delegierte Staszkowia aus Kosschinn tat dar, weshalb sein Verein die Zahl des „Robotnik“ eingeschränkt habe. Der größte Teil der Mitglieder befände sich im Kriege. Die Frauen der Krieger wollten die Zeitung nicht haben, der Rest der Mitglieder könne nicht lesen (?) oder wolle den „Robotnik“ nicht haben.

Der Delegierte Wojciechowski aus Gnesen meinte u. a., daß man für den halben „Robotnik“ jetzt soviel zahlen müsse, wie früher für den ganzen.

Der Vorsitzende antwortete, daß man die Arbeit weder mit der Elle, noch mit dem Zentimetermaße messe. Hier sei vor allen Dingen Opferwilligkeit für die Sache des Verbandes erforderlich. Das Verbandsgelände sei noch nicht fertig, immer noch befände es sich im Baue. Man müsse es verstehen, Opfer darzubringen. Die Verkleinerung des „Robotnik“ sei eine Notwendigkeit. Die Vereine sollten das endlich erkennen. Als der Delegierte Zbytek aus Mogilno über die Ursachen der Einschränkung der Zahl der Abonnenten des „Robotnik“ in seinem Vereine sprach, wurden unter den Versammelten zahlreiche Stimmen laut, die da riefen: Schlimm! Traurig!

Der Vorsitzende stellte fest, daß die Versammelten ein solches Verfahren selbst schlimm nennen. Den „Robotnik“ sollten die Mitglieder nicht auf eigene Hand abonnieren, sondern es solle für alle Mitglieder die Kasse des Vereins die Zeitung halten. Das schrieben die Satzungen vor. Manche Vereine jagten, daß in der Kasse kein Geld vorhanden sei. Das könne für sie keine Entschuldigung sein. Ihre Sache sei es, woher das Geld zu nehmen sei. Schlimmer verführten die Mitglieder, die Ersparnisse hätten und trotzdem die Bezahlung der Verbandszeitung aus ihnen nicht bestritten. Zu welchem Zwecke verwahrten sie denn das Geld, etwa für die „schwarze Stunde“? Diese sei nunmehr gekommen!

Aus Anlaß der Klagen der Delegierten über die Nichtgenehmigung zur Abhaltung von Versammlungen von seiten der Behörden nahm der Vorsitzende Gelegenheit, den anwesenden Vertretern der Polizei auf die Nachteile hinzuweisen, die aus einem solchen Verfahren entstehen, und sagte: Unsere Vereine gehen den richtigen Weg. Weshalb erschwert man ihnen denn das Leben? Wenn sie fallen, so wird das weder für die Volksgesamtheit noch für das Land von Vorteil sein!

Der Delegierte Bajer aus Dporowo führte aus: Manche Vereine täten alles Mögliche, um den Verein zu erhalten. Andere wiederum seien wegen Saumseligkeit und Gleichgültigkeit tatenlos. Wer sei denn Schuld daran? Doch wohl die Leiter der Vereine, die mit dem Augenblick, als die erste Kugel die Kanone verlassen, die Hände in den Schoß gelegt hätten und nun tatenlos dasäßen. Man solle es sich doch zur Ehre rechnen und sich sagen: Ausharren! Redner appelliert an den Hauptvorstand und ersucht ihn, er möge sich an die Leiter der Vereine wenden mit der Aufforderung, die unterbrochene Arbeit wieder aufzunehmen. Daß auch die Frauen der Krieger den „Robotnik“ gerne läsen, wenn man sie dazu anrege, beweise das Beispiel des Vereins in Dporowo. Wo nichts gemacht werde, da gebe es natürlich auch nichts. Wo der Vater schlafe, da schliefen auch die Kinder.

Auch in Rakosch, so meinte der Delegierte Swiatkowski, nähmen die Frauen gerne den „Robotnik“ zur Hand; nachdem sie ihn gelesen, schickten sie ihn den Kriegern ins Feld.

Der Vorsitzende regte ebenfalls an, den „Robotnik“ den Kriegern zu senden und meinte, sie sollten wissen, daß man ihrer als Mitglieder gedenke.

Aus der Mitte der Versammlung wurde sodann der Antrag um Schließung der Diskussion gestellt. Der Antrag wurde nach Abstimmung angenommen.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über das Projekt für den Etat; man nahm es ohne Änderung an, so wie es der Hauptvorstand vorgetragen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nr. 21 des Poradnik Gospodarski (Posen)
vom 26. Mai 1916.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Unsere Dörfer sind entvölkert; übrig geblieben sind nur die Älteren, Frauen, Kinder und die heranwachsende Jugend. Der Rest ist zum Heeresdienste einberufen worden. Viele von den Kämpfern werden nie wieder zu den Ihrigen zurückkehren, viele kommen zurück — doch als Krüppel. Deshalb ist auch unsere einzige Hoffnung die heranwachsende Jugend. Aus diesem Grunde muß man in den heutigen traurigen Zeiten mehr an dem heranwachsenden Geschlecht arbeiten als sonst; man muß den jungen Herzen die Liebe zu Gott und die Anhänglichkeit an die Erde einimpfen. Vor allen Dingen muß der bauerlichen Jugend die Liebe zur Pflicht eingeblöst werden. Bei uns fehlt es leider noch an diesem Pflichtgefühl.

Die Arbeit an der Aufklärung der bauerlichen Jugend ist heute unbedingt notwendig, denn diese Jugend soll ja dereinst die Volksgesamtheit bilden. Sie soll auf der Wacht stehen für unsere erhabenen Ideale, sie soll ferner auf der Wacht stehen zum Schutze des väterlichen Erbes — des Landes: der Grundlage unserer Existenz. Die Jugend wird aber nicht in der Lage sein, ihren Pflichten nachzugehen, wenn sie ohne Obhut ist, wenn sich niemand mit ihr befassen wird. Die Arbeit an der Jugend ist soziale und nationale Pflicht. Deshalb sollten auch alle, denen die Zukunft des Vaterlandes wahrhaft am Herzen liegt, mit der Fackel der Aufklärung unter die Jugend treten — denn solches verlangen Gott und das Vaterland. In einem Volke hat nicht die Arbeit des Einzelnen, sondern die Arbeit der ganzen Volksgesamtheit fundamentale Bedeutung.

In unserem Landesteile sind schon so viele nützliche Institutionen entstanden, möge deshalb noch eine nicht minder nützliche Institution entstehen, die sich mit unserer bauerlichen Jugend auf dem Lande befassen würde. Möge ein Mittelpunkt geschaffen werden, in dem die Dorjugend Kraft schöpfen könnte für die kommenden Kämpfe und Widerwärtigkeiten. Und das wird eine große Tat sein, die früher oder später reiche Früchte tragen muß. Es wird eine Vertreterschaft aufgeklärt und vernünftig denkender bauerlicher Jugend entstehen — einer Jugend, die späterhin ihr Pflichten würdig erfüllen und einen Wegweiser für die minderaufgeklärten Brüder bilden wird, die sie einer helleren und sonnigeren Zukunft entgegenführt.

Das, was bis jetzt geschehen ist, reicht noch nicht aus — es ist eben nur der Anfang. Große Strecken fruchtbaren Landes liegen noch unbestellt da, denn es gibt zu wenig Arbeiter, zu wenig Pflüger und zu wenig Säer. Die Arbeit dieser Art ist sehr schwer und bitter; man muß aber daran denken, daß nur aus schwerer und mühseliger Arbeit goldene Ähren erstehen.

Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß der Krieg unsere Aufklärungsarbeit paralysiert hat, so daß in vielen landwirtschaftlichen Vereinen die Arbeit völlig zum Stillstande gekommen ist. Aber nicht allein die Arbeit in unseren Bauernvereinen steht

still, sondern auch die in vielen anderen Vereinen unserer Dörfschen — und das aus Anlaß des Krieges.

Fürwahr eine sonderbare Ansicht! In so kritischen Zeiten wie heute sollte man in dieser Beziehung mit viel größerer Energie als sonst arbeiten. Und wenn es an Männern fehlt, so sind doch noch unsere Bäuerinnen, die Mädchen, da. Für sie sollte man heute Zeit und Arbeit haben! Für die älteren Bäuerinnen und ihre Töchter ist bis jetzt nur sehr wenig getan worden. Den ersten Schritt zur Besserung in dieser Beziehung hat die Redaktion des „Poradnik Gospodarski“ bereits unternommen, indem sie für die Bäuerinnen ein neues Blatt unter dem Titel „Gospodyni Wiejska“ gründete. Gebe Gott, daß dieses Werk reiche Früchte tragen möge.

Aus Werk — mit dem Glauben und Vertrauen, daß nach den Tagen mühseliger Arbeit die erhoffte Wiedergeburt des großpolnischen Bauernums kommen wird, daß die früheren Vorurteile und der Klassenhaß schwinden und Nächstenliebe und Bruderliebe Einkehr halten werden. Das gebe Gott sobald wie möglich.

Aus Nr. 119 des Wielkopolanin (Posen)
vom 25. Mai 1916.

Aufruf.

Am 22. Mai d. J. entschlief für ewig Helene Rzepecka. Gefallen ist eine unermüdliche Kämpferin für das nationale Morgen. Betrübte und Verzweifelte führte sie mit der Macht ihres Geistes in die Höhe, um sie nicht im Schmerz erstarren, im Unglück versteinern zu lassen. Sie lenkte die Seelen mit ihrem unerschütterlichen Glauben an die eigenen Kräfte der Nation, mit ihrer unverbrüchlichen Hoffnung auf die Freiheit. Sie fiel auf dem Posten im Augenblick der Morgendämmerung. Indem wir von dieser großen und teuren Seele Abschied nehmen, wollen wir das Andenken der Verstorbenen nicht durch Blumen und Kränze, sondern durch einen Fonds ihres Namens ehren zu Gunsten des von ihr geliebten „Volksbibliothekenvereins“ in Posen. Sammlungen bitten wir zu Händen des Schatzmeisters des Volksbibliothekenvereins Herrn Dr. Woleslaus Kapuscinski, Hindenburgstraße 10a oder direkt an das Büro des Volksbibliothekenvereins, Schützenstraße 31, einsenden zu wollen.

Der Volksbibliothekenverein in Posen.

Die Vereinigung der polnischen Frauen-Aufklärungsvereine.

Der Verband der polnischen arbeitenden Frauen.

Der Verband der Industrievereine.

Mäßigkeitsverein „Wyzwolenie“.

Der Verband der polnischen Gesangsvereine.

Der Posener Gesangsverein.

Der Verein „Warta“.

Die Frauen-Lesehalle.

Die Vereine „Promieni“, „Czwartaki“, „Ognisko Wielkopolanek“.

Die polnischen Skauts.

Der Verein „Lutnia“.

Der polnische Schriftstellerverein.

Der Verein junger Gewerbetreibender.

Die Vereine „Sokol“, „Ogniw“, „Iskra“, „Goscina“, „Straż“.

Der Verein für wissenschaftliche Vorträge.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 62 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 27. Mai 1916.

Die neuen Minister.

Unter obiger Spitzmarke schreibt die „Gazeta“ u. a. folgendes: Wir Polen können über die Wahl Dr. Helfferichs zum Staatssekretär für innere Angelegenheiten und als Stellvertreter des Reichskanzlers zufrieden sein. Weil er aus Bank- bzw. Finanzkreisen hervorgegangen ist, also aus den Kreisen, die sich vor allen Dingen um die wirtschaftlichen Verhältnisse bekümmern, so wird seine Politik gegenüber den Polen wohl mehr auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten als auf die Rassen- und National-Angelegenheiten gerichtet sein. Man kann deshalb auch annehmen, daß Herr Dr. Helfferich mehr nach der ausgleichenden Gerechtigkeit streben, daß er im Sinne der durch die Regierung herausgegebenen Lösung von der neuen Orientierung wirken und daß er die Ausnahmegesetze eher wird beseitigen wollen, als sie zu erhalten und zu festigen. Wir können daher die Ernennung Dr. Helfferichs zum Staatssekretär für die inneren Angelegenheiten und zum Vizekanzler nur begrüßen. Die nahe Zukunft wird es zeigen, was wir von ihm erhoffen können.

Der Nachfolger Dr. Helfferichs ist Graf Roedern, der bisherige Staatssekretär von Elsaß-Lothringen, also desjenigen Landesteiles, der in nationaler Beziehung von gemischter Bevölkerung bewohnt ist. Graf Roedern wurde, soweit wir uns erinnern, für Elsaß und Lothringen bestimmt nach den Zaberner Vorfällen; er sollte die nationalen Gegensätze ausgleichen. Graf Roedern wird somit das Werk der neuen Orientierung auch hinsichtlich der Polen erleichtern.

Zum Leiter des höchsten Amtes für die Nahrungsangelegenheiten wurde der Oberpräsident Ostpreußens, Herr v. Batocki, ernannt. Es ist interessant, daß zuerst Gerüchte umgegangen waren, daß zum Leiter dieses Amtes der ehemalige Oberpräsident von Posen, Herr v. Waldow, ausersehen gewesen sein soll. Das „Berliner Tageblatt“ schrieb darüber in seiner Nummer 252 vom 12. Mai, daß er sich im Fahrwasser der Hafatisten befunden habe; wenn man dem nachgehe, was er in jenen Jahren durchgeführt habe, so gewinne man sofort den Eindruck, daß er ein Mensch von „rücksichtsloser Energie“ gewesen sei.

Ähnliche Artikel brachten auch andere Zeitungen. Im allgemeinen wurde angenommen, daß die Ernennung Waldows sicher sei — und doch wurde er nicht ernannt, wohl aber Herr v. Batocki, der sich ebenfalls durch einen unbeugsamen Willen und durch große Energie auszeichnen soll. Über Herrn v. Batocki sind keine Tatsachen bekannt, die davon zeugen würden, daß er sich an der antipolnischen Politik beteiligt haben würde. Die Unterlassung der Ernennung des Herrn v. Waldow und die erfolgte Ernennung des Herrn v. Batocki sind Tatsachen, die bezeugen, daß die Polen gegen Herrn v. Batocki kein Vorurteil haben dürfen.

Die Gehilfen des Herrn v. Batocki werden sein: Baron von Falkenhayn und Generalmajor Gröner, von denen auch nicht bekannt ist, daß sie sich an der antipolnischen Politik beteiligt hätten. Man kann also auf polnischer Seite mit Befriedigung feststellen, daß keiner der neuernannten Staatswürdenträger an der antipolnischen Politik Anteil gehabt hat.

Aus Nr. 65 der Gazeta Olsztynska (Allenstein)
vom 1. Juni 1916.

Der Sprachenparagraph bleibt.

Bei den Beratungen über die Änderung des Reichsvereinsgesetzes zugunsten der Berufsverbände

erklärte der Regierungsvertreter, daß die Regierung die Vorlage, falls mit ihr die Aufhebung des Sprachenparagraphen vereinigt werden sollte, zurückziehen wird. Die Kommission handelte dementsprechend und wies den Antrag der Polen, der die gleichzeitige Aufhebung dieses Paragraphen forderte, zurück. Der darauf von der Kommission angenommene Antrag, den Sprachenparagraphen durch ein besonderes Gesetz aufzuheben, entbehrt jeder praktischen Bedeutung und wird in den Papierkorb wandern.

Die selbe Notiz brachte der in Bochum erscheinende „Wiarus Polski“ in seiner Ausgabe vom 27. Mai Nr. 123.

Aus Nr. 118 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 24. Mai 1916.

Die Saison in der pommerischen Kaschubei.

In dem „Głos Narodu“ (Kraukau) lesen wir:

In den letzten Jahren vor dem Kriege machte sich in ganz Polen eine lebhaftc Sommerfrischler-Bewegung nach unseren wunderschönen Meeresgestaden in der Kaschubei hin bemerkbar. Verhältnismäßig früh gewann bei uns Zoppot bei Danzig den Ruf eines vorzüglichen Seebades, und die Frequenz der polnischen Gäste nahm dort einen so bedeutenden Umfang an, daß in der letzten Zeit die Polen mehr als ein Drittel aller Kurgäste (6000 auf 15 000) bildeten. Der seiner Zeit von einzelnen unserer Zeitungen gepredigte Boykott Zoppots war ein Fehler, der daraus entstand, daß man sich darüber keine Rechenschaft ablegte, daß diese Sommerfrische sich auf polnischem Sprachgebiet befindet und daß sie rundum, mindestens aber im Süden und Westen, von unserer Bevölkerung umgeben ist. Zoppot selbst ist ein Herd der kaschubischen Bewegung; es hat eine Reihe polnischer Vereine und Institute, und unter den 12 000 ständigen Einwohnern sind ungefähr 4000 Kaschuben, für die der alljährliche Zufluß von Tausenden polnischer Kurgäste nicht ohne Bedeutung war, insofern besonders, als diese Zugügler sich während ihres mehrmonatlichen Aufenthalts am Meere ihren dortigen Landsleuten zu nähern verstanden und nähern wollten.

In dem Maße jedoch, wie sich dieser alte bezaubernde Sitz des pommerischen Geschlechts der Przebendowskis in eine überaus geräuschvolle Sommerfrische zu verwandeln und einen allzu großstädtischen Anstrich anzunehmen begann, wandte sich ein Teil der polnischen Kurgäste und Sommerfrischler, um gelegene Ortschaften zum Ausruhen und Baden aufzusuchen, nach den stillen, am Meere belegenen Siedlungen an dem ferneren Gestade in der Gegend der Putziger Bucht und weiter über sie hinaus. Das war eine in jeder Hinsicht glückliche Bewegung. Dort fand nämlich der Zugügler neben einem ausgezeichneten Strande eine breitere Berührung mit der Natur, ländliche Ruhe und ausschließlich unsere polnisch-kaschubische Bevölkerung, die sich ununterbrochen über zehn Meilen an der Meeresküste bis zu der alten polnisch-preussischen Staatsgrenze hinzieht. Bescheidene, aber saubere Wohnungen fanden unsere Ausflügler bei den örtlichen Fischern und Landwirten. Bald begann man für diesen Zweck besondere Häuser und Sommervillen zu bauen. An Proviant fehlte es am Orte gleichfalls nicht, und eine bequeme Bahnverbindung gestattete es, sich jeden Augenblick von Danzig und Zoppot her mit allem anderen zu versehen. Auf diese Weise begann sich — kurz vor dem Ausbruch des Krieges — dort eine rein polnische Seesommerfrische zu entwickeln, vor allem in Gdingen bei Zoppot, in Heisterneft auf der Halbinsel Hela und in Karwia. Am zahlreichsten zogen hierher Sommergäste aus dem Königreiche, die auch am besten die Bedeutung dieser neuen Bewegung

begriffen, daneben Großpolen, (Posener) und in der letzten Zeit auch Gäste aus Kraukau und Lemberg.

Wer die Sommermonate in unserem Pommern, in den ausgezeichneten gesundheitlichen Verhältnissen, in der beruhigenden ländlichen Stille, inmitten der schönen Natur und unter dem guten und sympathischen kaschubischen Volke zugebracht hat, der kehrt schon gerne zu diesem heimischen Meeresstrande zurück. So haben wir angesichts der sich nähernden Sommersaison eine Reihe von Briefen mit Anfragen erhalten, ob es unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich sei, im Sommer dorthin zu verreisen und ob dies besonders die Verjorgungsverhältnisse gestatteten? Auf unsere nach der Kaschubei gerichtete Anfrage wurde uns geantwortet, daß in Zoppot die Saison so wie jedes Jahr eröffnet werde, und daß auch polnische Pensionate dort tätig sein würden. Was die weiter am Meeresstrande gelegenen Ortschaften anbelangt, so ist das Verreisen nach Gdingen (15 Minuten Bahnfahrt von Zoppot) besonders für solche möglich, die angesichts des begreiflicher Weise gegenwärtig herrschenden Mangels bereit sind, etwas Unternehmungslust zu entwickeln und sich auf diesem Wege durch eigene Bemühungen den Aufenthalt in den vorzüglichen natürlichen Verhältnissen dieser Sommerfrische zu erkaufen. Das Pensionat der Frau Dr. Radolska, das sich in dem Gedächtnis der Kurgäste so sympathisch eingezeichnet hat, bleibt in dieser Saison geschlossen, also muß die Küche jeder selbst führen. Die Lebensmittel sind ja schließlich überall teurer geworden. Fleisch gibt es sehr wenig, dafür aber sehr viel vorzügliche frische Fische. An Kartoffeln fehlt es gleichfalls nicht. Die höheren Lebensmittelpreise gleichen sich teilweise durch die Wohnungspreise aus, die bedeutend billiger geworden sind. Genauere und uneigennütige Auskunft erteilt auf briefliche Anfragen sehr gern der ständig in Gdingen wohnhafte Geistliche J. Dorzysinski.

Heute speziell zum Verreisen nach der Kaschubei anzuregen, die sich vordem auch unsererseits eines beständig wachsenden Besuches erfreute, ist unmöglich. Da jedoch sowieso manche Familie ungeachtet der schweren Verhältnisse sich wird aus Gesundheitsrücksichten zur Erholung an die See begeben wollen, muß man daran denken, daß man diese Erholung unter den Landsleuten an dem polnischen Strande der Ostsee finden kann.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 120 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 26. Mai 1916.

Mehr Verantwortlichkeitsgefühl, Ihr Herren Abgeordneten!

Die polnische Fraktion trat im Reichstage in Verteidigung des Grundsatzes der Freiheit auf. Bedroht war die Freiheit des sozialdemokratischen Abgeordneten Liebknecht. Man hatte ihn bei der Verteilung von staatsfeindlichen Proklamationen auf einem öffentlichen Plage arretiert. Liebknecht ist Soldat, deshalb mußte er die Uniform tragen; er zog aber Zivilkleider an und begab sich so mit den Aufrufen auf die Straße. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand man noch andere Aufrufe und Papiere kompromittierenden Inhalts. Er wurde arretiert.

Seine Genossen, die sozialdemokratischen Abgeordneten, verlangten im Reichstage, man möge ihn aus dem Arrest entlassen. Und das geschah in Verfolgung des Grundsatzes, daß ein Abgeordneter unantastbar sei. Man berief sich ferner auf die Praxis des Parlaments, das bisher noch niemals zugelassen hatte, einen Abgeordneten zu verfolgen, wenn der

Reichstag tagte. Man beriet über diese Sache in der Kommission und auch im Plenum des Reichstags. Alle Parteien hatten sich gegen die Befreiung Liebknechts erklärt — mit Ausnahme seiner Genossen, der Sozialdemokraten, und — der Polen.

Im Namen der polnischen Fraktion erklärte der Abgeordnete Dr. Łaszkowski, die Fraktion werde für die Befreiung Liebknechts nicht etwa deshalb stimmen, weil sie sich mit ihm und mit dem was er getan solidarisiere, sondern im Namen der garantierten Freiheit und Unantastbarkeit eines Abgeordneten. Und so geschah es auch! Die Fraktion stimmte mit den Sozialdemokraten. Die anderen Parteien des Reichstages traten gegen die Befreiung auf, und Liebknecht verbleibt im Arrest.

Wir stellen fest, daß der Beschluß der polnischen Fraktion in dieser Angelegenheit nicht einstimmig war. In drei Sitzungen tritt die Minderheit mit der Mehrheit. Mit Befriedigung stellen wir fest, daß der Minderheit u. a. drei der vier schlesischen Abgeordneten angehörten. Die der Minderheit angehörenden Abgeordneten entzogen sich auch der Abstimmung im Reichstage. Was aber am meisten hervorzuheben ist, ist der Umstand, daß sich keiner der Abgeordneten der Verlesung der Deklaration der Fraktion im Reichstage unterziehen wollte, selbst keiner der nationaldemokratischen Führer. Man hat erst Herrn Dr. Łaszkowski, der gerade aus der Heimat zurückgekehrt war und an den Beratungen der Fraktion nicht teilgenommen hatte, solches zu tun.

Dieser letzte Umstand kann zu der drastischen Feststellung dienen, was die Suggestion der kühlen Formel auf Kollektivkörper für eine Wirkung ausübt. Jeder Abgeordnete, der sich nach seinem eigenen Verstande richtet, würde jedenfalls zu einer anderen Ansicht gelangen. Eine Gesellschaft von Abgeordneten aber wird, wenn die Formel über sie herrscht, von dieser Formel abhängig. Es handelte sich um die Freiheit der Abgeordneten. Diese Freiheit ist eine geschätzte Sache, für jede Freiheit aber muß es eine gewisse Grenze geben, damit sie nicht in Zügellosigkeit ausartet. Der deutsche Reichstag hat diese Freiheit bis jetzt gehütet. Wenn er von diesem Grundsatz abgegangen ist, so haben ihn augenscheinlich außergewöhnliche wichtige Gründe dazu genötigt. Man darf sie nicht nur auf dem Gebiete der rein patriotischen Empfindungen suchen, sondern auch in dem kühlen Erwägen dessen, was zur Arretierung Liebknechts geführt hat und was in der gegenwärtigen Zeit dem Staate hätte Schaden bringen können. Die polnischen Abgeordneten hätten die Situation der Mehrheitsparteien des Reichstages in gehöriger Weise beurteilen können, wenn sie an das liberum veto in den Landtagen des polnischen Freistaates gedacht hätten. Das war in Wirklichkeit noch schlimmer als das Verhalten Liebknechts, doch im Hinblick auf die Frage der Abgeordneten-Freiheit kam es auf eins hinaus; in dem einen wie in dem anderen Falle handelte es sich nicht um den Gebrauch, sondern um den Mißbrauch dieser Freiheit. Wie es für das frühere Polen nützlich gewesen wäre, wenn man beizeiten die Arbeit der Anhänger der „goldenen Freiheit“ der Abgeordneten durch Beschneidung oder durch eine bessere Definierung des Begriffs der Freiheit unmöglich gemacht hätte, so ist auch der Deutsche Reichstag im Interesse des Wohles des Staates aufgetreten, als er dem Mißbrauche der Freiheit des Abgeordneten durch Liebknecht ein Ziel setzte. Neben diesen Betrachtungen grundsätzlicher Natur hätte die polnische Fraktion bei der Beratung über ihre Stellungnahme ebenfalls die Frage der Taktik berücksichtigen sollen. Den Abgeordneten braucht man doch wohl nicht zu erklären, welchen Wert die Taktik auf parlamentarischem Gebiete besitzt. Sie ist doch gewissermaßen

das tägliche Brot der Parlamente. Die Grundlage der Taktik der polnischen Fraktion war stets die Frage: ob das Hervortreten der Fraktion in irgendeiner Angelegenheit der polnischen Sache dienlich oder schädlich sein kann.

Wenn wir diese Taktik der Liebknechtschen Angelegenheit anpassen, so meinen wir, daß es für die polnische Frage bedeutungslos ist, ob sich Liebknecht im Arrest oder in der Freiheit befindet. Wie aber die öffentliche Meinung des deutschen Volkes, die Reichstagsparteien und die Staatsmänner das Verhalten der polnischen Fraktion in dieser Sache beurteilen und welche Folgen sie aus ihm im Verhältnis zu den Polen ziehen werden, — das ist doch in der gegenwärtigen Zeit für uns eine Frage von ersterklassiger Bedeutung!

Den Widerhall dieser öffentlich ausgesprochenen Meinung finden wir in der „Nationalkorrespondenz“. Die Abstimmung der polnischen Fraktion nannte man da mit Entrüstung „eine Beleidigung des deutschen Empfindens und ferner mit beißender Ironie eine „vielsagende Antwort der Polen auf die Erklärung des Kanzlers, daß die verbündeten Kaiserreiche beabsichtigten, Kongreßpolen aus der Knechtschaft Rußlands für immer zu befreien“.

Sehen denn die Herren Abgeordneten, wie in dieser deutschen Meinung von der Fraktion die prinzipielle Seite der Sache Liebknechts, auf die sie Nachdruck legten, in den Schatten getreten ist und wie sich dagegen die Frage des Verhältnisses nicht lediglich der Fraktion, sondern der Allgemeinheit der Polen zum Staate und den Deutschen unter dem Gesichtspunkte der Zukunft der Polen herausgeschält hat? Man brauchte wirklich nicht viel nachzudenken, um ein solches Verfahren der Fraktion vorzusehen.

Die „Nationalkorrespondenz“ macht zu Unrecht allen Polen das zum Vorwurf, was die Fraktion getan hat. Kann man sich aber darüber wundern? Die Abgeordneten sollen doch die Vertreter ihrer Wähler sein. Deshalb legt jeder, der außerhalb unserer Volksgesamtheit steht, diesen Maßstab auch für unsere Abgeordneten an. Er weiß das nicht, was wir wissen, nämlich, daß infolge persönlicher Verhältnisse im Lande die gegenwärtige Fraktion nicht tatsächlich der Repräsentant der Allgemeinheit der Volksgesamtheit ist, daß die Gesamtheit durch die nationaldemokratische Partei, die in der Gesamtheit durchaus nicht zahlreich vertreten ist, beherrscht wird.

Die durch die Fraktion begangenen Fehler rächen sich an uns allen. Das Schweigen der Fraktion bei der Rede des Kanzlers über die Befreiung Polens diente den Gegnern der Polen als Argument bei der Sache Liebknechts und wird das auch noch weiterhin tun. Denn auch der Durchschnitts-Deutsche wird es nicht begreifen können, daß die Fraktion angesichts des Bringens der Freiheit für das polnische Volk ihren Mund nicht aufst, aber bei der Verteidigung der Abgeordneten-Freiheit Liebknechts mit ganzer Kraft und mit einem rücksichtslosen Risiko auftrat. Was bedeutet für uns Liebknecht — was Polen?

Wir müssen von der Fraktion verlangen, daß sie mehr mit der Verantwortlichkeit rechnet, die auf ihr angesichts des Volkes lastet. Wir haben die Abgeordneten dazu gewöhnt, daß sie der polnischen Sache helfen, nicht aber, daß sie ihr schaden.

Aus Nr. 221 der Gazeta Ludowa (Kattowitz)
vom 28. Mai 1916.

Fürstbischof Vertram und das Vorkommnis in Moabit.

Von sehr geschätzter Seite wird uns geschrieben: In dem Protokoll der Konferenz der Erzpriester, abgehalten am 19., 20. und 21. Oktober 1915 in Breslau,

lesen wir: „Weil man daran erinnerte, daß das Vorkommnis in Moabit aus Anlaß der ersten heiligen Kommunion mittelbar Abneigung gegen die Geistlichkeit der Diaspora geweckt hat, bemerkte der Fürstbischof — „und auch von den Geistlichen der Diözese, die mit treuer Liebe an ihrer polnischen Muttersprache hängen, kann man erwarten, daß sie ihre Parochianen über die Notwendigkeit der Kirchenordnung und über die Pflicht des Einschreitens gegen die Übertretung dieser Ordnung aufklären werden.“ — Die Kirchenordnung verlangt jedoch, daß man die Kinder in der Muttersprache für den Empfang der heiligen Sakramente vorbereite; wer diese alte Kirchenvorschrift nicht hält, und wer Gendarme in die Kirche bringt, der bricht nach unserer Meinung die Kirchenordnung. Wir bedauern den durch unseren neuen Bischof eingenommenen Standpunkt, denn wir können uns überzeugen, daß er den Fußtapfen seines Vorgängers folgen will.“

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 123 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 27. Mai 1916.

An die Wiedergabe des von dem Rechtsanwalt Claß in Nr. 21 der „Alldeutschen Blätter“ veröffentlichten Artikels: „Grundsätzliches zur polnischen Frage“ knüpft das Blatt folgende Bemerkungen:

So räsoniert der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes. Aus seiner Schlußbemerkung geht hervor, es sei sein Wunsch, daß Galizien gegenüber Österreich-Ungarn die Stellung einnehmen möchte, die er den polnischen Ländern des russischen Teilgebiets im Verhältnis zu Deutschland anweist. Soweit man aus den Stimmen der deutschen Blätter und Politiker urteilen kann, scheinen die Ansicht des Herrn Claß sehr breite deutsche Kreise zu vertreten.

Polnische Politiker, die mit der Wirklichkeit rechnen, haben sich nicht einen Augenblick von weiter gehenden Hoffnungen täuschen lassen.

Aus den besetzten Teilen Russisch-Polens.

Aus Nr. 6 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 24. Mai 1916.

Zu den Ausführungen des Rechtsanwalts Claß in Nr. 21 der „Alldeutschen Blätter“ über die Frage Kongreß-Polens bemerkt der „Kraj“:

Wir schreiben ihnen keine besondere Bedeutung zu.

Wir sind natürlich mit ihnen nicht einverstanden, besonders nicht mit der antipolnischen und Ansiedlungspolitik des Herrn Claß.

Es ist heute nicht die Zeit dazu, darüber ausführlich zu debattieren.

Die Geschichte Kongreß-Polens befinden sich in anderen Händen — zu Rußland wird es nicht zurückkehren, das ist sicher.

In dieser Hinsicht halten wir uns an die Versprechungen des Kanzlers, die wir als eine staatliche Notwendigkeit betrachten, und die sich als solche erfüllen werden.

Aus Nr. 63 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 28. Mai 1916.

Unter der Spitzmarke.

„Die polnische Amtssprache“

schreibt die „Gazeta Grudziadzka“ u. a. folgendes:

Die städtischen Behörden und Beamten werden, wenn jemand, der die polnische Sprache nicht kennt, in einer fremden Sprache spricht, sich darüber nicht entrüsten, denn das liegt durchaus nicht in der Natur des Polen. Der Pole hegt gegen keine fremde Sprache Haß, wenn er auch seine Sprache über alles liebt. Die städtischen Behörden und Beamten werden somit niemandem Gehör versagen, wenn er sich an sie auch in einer fremden Sprache wendet. Amtssprache aber wird nur die polnische sein.

Auch die Verhandlungen der Stadtvertretung werden nur in der polnischen Sprache stattfinden. Es ist eine ganz natürliche Sache, daß in einem polnischen Lande die Amtssprache die polnische sein sollte, aber doch waren in Warschau und im ganzen polnischen Lande quälende Zweifel im Umlauf, daß dies nicht so sein werde, daß die Zeiten kommen würden, in denen zwei Amtssprachen eingeführt werden würden: die polnische und der jüdische Jargon bzw. die deutsche Sprache. Das Gesetz von der Selbstverwaltung strafte diese Gerüchte Lügen und zeigte, daß die deutschen Behörden das Interesse des Deutschen Reiches nicht darin erblickten, den Stimmen der neuen deutschen Patrioten mosaischen Bekenntnisses zu folgen, die gestern noch jüdische Patrioten waren und morgen bereit waren zu schwören, daß sie stets die eifrigsten polnischen Patrioten gewesen seien und es fernerhin bleiben würden. Die deutschen Behörden erblickten vielmehr das Interesse des deutschen Staates darin, vor allen Dingen auf die Rechte des Volkes zu achten, das zwar anderen Völkern gerne Gastfreundschaft gewährte, das aber für diese Tugend der Gastfreundschaft nicht die Stellung des Wirtes im eigenen Lande aufgeben sollte. Die Okkupationsbehörden, die in dieser Angelegenheit zur Zufriedenheit der polnischen Bevölkerung wirken, sind klug und politisch verfahren.

So sind wir denn überzeugt, daß die deutsche Regierung auch im allgemeinen bei der Lösung der polnischen Frage, soweit sie international ist, das Interesse des deutschen Volkes nicht in dem erblicken wird, in dem es die verschiedenen geschwätzigen Politiker oder die verschiedenen naiven Professoren erblicken usw. Und man muß annehmen, daß dabei das Interesse des deutschen Volkes am besten fährt, wenn bei dieser Gelegenheit auch das polnische Volk ein wenig Nutzen hat.

Aus Nr. 62 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 27. Mai 1916.

Zu der neuen Wahlordnung für Warschau schreibt das Blatt folgendes:

Aus den Artikeln der „Nowa Gazeta“ und des „Kurjer Warszawski“ über die neue Wahlordnung Warschaus spricht ausdrücklich die große Zufriedenheit über die der Stadt gegebene Selbstverwaltung und Wahlordnung. Wir sind aber überzeugt, daß auch im allgemeinen die polnische Bevölkerung der Hauptstadt des Königreichs Polen über dieses Gesetz wahrhaft zufrieden sein wird.

Man muß den Okkupationsbehörden zuerkennen, daß sie sehr klug und politisch verfahren sind, indem sie der Stadt Warschau die Selbstverwaltung und eine Wahlordnung verliehen und dadurch den polnischen Charakter der polnischen Hauptstadt gewahrt haben. Die Warschauer Bevölkerung wird das wohl niemals vergessen, und die Bevölkerung des ganzen

Königreichs wird darüber herzlich erfreut sein. Wir Polen des preußischen Gebietsteiles wünschen unseren Brüdern die Rechte, die sie von ganzer Seele erhofft haben.

Aus Nr. 266 des Goniec (Warschau)
vom 28. Mai 1916.

Unter der Maske.

Nicht alle Jahrestage des Mai erwecken in uns gleiche Erinnerungen voller Zuversicht für die Zukunft in dieser gegenwärtigen entscheidenden Zeit. Es gibt ein verhängnisvolles Datum, dessen unsere Presse und Publizistik keine Erwähnung tut. Am 14. Mai 1792 wurde der Akt des Beitritts zur „Konföderation von Targowica“ unterzeichnet.

Mit Unrecht lassen wir dies unerwähnt, denn, ob dies der Akt eines Verrats oder einer kolossalen selbstmörderischen Dummheit war, so ist es immer wert, der Wissenschaft und der Warnung für die Nachkommenschaft wegen im Gedächtnis behalten zu werden.

Die Nachkommenschaft soll aber diese Mahnung sehr benötigen, denn es ist kaum glaublich, aber wahr, — die Nachkommen ahmen die Vorfahren nach und behaupten dabei, ja sie sind sogar beleidigt wegen des Vergleichs, daß es zwischen dem alten und dem neuen Targowica keine Analogie gebe, „non bis in idem“, denn es sei früher auch mit anderer Münze, mit Werten einer anderen Gattung gezahlt worden; aber auch die Dummheit ist, wenn eine da ist, in die Maske einer weitsichtigen Politik gekleidet, und Gott bewahre, daß sie nur Interessen der Partei, nicht der Allgemeinheit im Sinne hätte.

So agitieren z. B. die Überreste der Nationaldemokratie bei den Wahlen zum Gemeinderat unter den unschuldigen Farben der Interessen der Mieter oder unter christlichen Farben. Es bedarf einer ungeheuren Vorsicht, um unter der unschuldigen Maske jetzt verschiedene Orientationen zu entdecken, welche sich einzuschmuggeln und sich der Gewogenheit der Allgemeinheit zu empfehlen versuchen. Also Vorsicht, Bürger!

Pankracy.

Aus Nr. 265 des Czas (Krakau)
vom 26. Mai 1916.

Der deutsche Ausschuß für Landeskunde im Königreich Polen und die polnische Wissenschaft.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

In Warschau ist bekanntlich ein Ausschuß für Landeskunde beim Generalgouvernement auf Anregung des Generalgouverneurs v. Beseler entstanden. Sein Arbeitsfeld soll das Königreich Polen sein, seine Aufgabe die Aufnahme geographischer Forschungen, die nach Ansicht der Okkupationsverwaltung unter der Russenherrschaft so sehr vernachlässigt worden ist. Diese Bemerkung ist richtig, soweit es sich um den Schutz dieser Herrschaft für die wissenschaftliche Arbeit handelt; sie muß dagegen modifiziert werden, wenn man die Anstrengungen und Ergebnisse der Arbeit der Volksgesamtheit selbst in Betracht zieht, der Volksgesamtheit, welche es verstanden hat, die Hindernisse zu durchbrechen, welche ihr von den herrschenden Faktoren entgegengesetzt wurden. Daß diese Ansicht von der deutschen Gelehrtenwelt zu voreilig ausgesprochen worden ist, davon zeugt die Tatsache, daß die deutschen Forscher die Hoffnung hatten, daß sie bei ihrer neuen Aufgabe ohne die Kenntnis der polnischen Sprache auskommen würden; inzwischen mußten sie gegenwärtig die begonnene Arbeit unterbrechen, um zunächst polnisch zu lernen. Sie haben sich auch

überzeugt, daß die polnische wissenschaftliche Literatur zu reichhaltig und zu beachtenswert ist, als daß man über sie zur Tagesordnung übergehen bzw. sich mit einer bestellten Übersetzung begnügen könnte.

Was den Ausschuß selbst betrifft, so muß man hervorheben, daß die Berufung eines so hervorragenden und befähigten Geographen, wie Max Friederichsen, an seine Spitze höchst treffend war. Die Tatsache aber, daß neben ihm Professor Michael, ein Kenner unseres schlesisch-polnischen Kohlenreviers, neben ihm sitzt, bietet die Gewähr, daß die geologischen Arbeiten den Weg exakter Wissenschaft gehen werden. Es ist anzunehmen, daß auch ihre jüngeren Mitarbeiter der Aufgabe gewachsen sein werden. Außerdem sei darauf hingewiesen, daß auch der Leiter der Zentrale für die Forschungen des Wetterstandes auf dem östlichen Kriegsschauplatz mit dem Sitz in Warschau, Major Schumacher, die Mitarbeit der ihm unterstellten Kräfte zugesagt hat. Es scheint, daß zu dem Kreis der ihm unterstellten Personen die bisherigen Leiter der meteorologischen Stationen und unter ihnen auch erstklassige Erforscher des Klimas unserer Lande gehören. In Anbetracht dessen werden die Aufgaben des Ausschusses für Landeskunde, welche in der Herausgabe eines „Handbuchs der Landeskunde des Königreichs Polen“ und in der Gründung einer periodischen Zeitschrift bestehen, in nicht ferner Zukunft verwirklicht werden. Diese Aufgaben aber sind, wie dies das Programm des Ausschusses darlegt, rein wissenschaftlich und sollen dazu dienen, die Kenntnisse des gegenwärtig besetzten Teils des Königreichs Polen zu beleben und zu vertiefen, und zwar im Interesse der wissenschaftlichen Welt, der Okkupationsregierung und des breiteren Publikums, welches sich mit diesem Lande und seinen Bewohnern befaßt. Der Vorstand des Ausschusses drückt daher den Wunsch aus, daß seine Arbeiten wohlwollende Unterstützung seitens aller in Frage kommenden, besonders örtlichen Faktoren finden möchten.

So viel wurde bisher von dieser Seite getan, und es wurde die Arbeit in Angriff genommen. Jedoch wurden zu ihr nicht diejenigen Fachkräfte eingeladen, über welche die polnische Volksgesamtheit verfügt. Ihre Zahl aber ist ansehnlich, und jede der Abteilungen des Ausschusses könnte ruhig einem Polen übertragen werden. Es ist charakteristisch, daß seitens der Volksgesamtheit Erleichterungen und Opfer verlangt werden, ohne ihr die Möglichkeit zu geben, sich an einer gleichgeordneten Stellung zu beteiligen. Bei der Besprechung der Vorteile, welche aus dem Quellenstudium unseres Landes hervorgehen werden, denken die Fremden nur an ihre Volksgesamtheit, während die örtlichen Kräfte unter ihrer Leitung und unter ihrer offiziellen Firma arbeiten werden. Das Ergebnis wird sein: Es kamen Fremde, sie bearbeiteten das Land in wissenschaftlicher Beziehung, ihnen gebührt das ganze Verdienst. Was vordem war, sind Kleinigkeiten, was die Volksgesamtheit später hinzufügen wird, das werden nur Zusätze und kleine Ergänzungen sein. Die von Fremdlingen erfüllte Hauptaufgabe wird außerdem als eine Wohltat für das Land betrachtet werden.

Aber man muß fragen, worin die Ursache besteht, daß dies bei uns möglich ist? Wir erhalten die stereotype Antwort: In dem Mangel an organisierter Arbeit, welche von privaten Mitteln ausgeführt wird und in verschiedene Richtungen auseinandergeht, in dem Mangel an Einheitlichkeit im Handeln und in der leichten Zersplitterung. Aber außerdem besteht noch eine zweite, gleich wichtige Ursache: Die schwierigen politischen Verhältnisse, der Mangel an staatlichem Schutz und an staatlichen Mitteln, ohne welche die Arbeit bisweilen unmöglich gemacht wird.

In jedem Falle muß das, was möglich ist, organisiert werden, damit es als eigene nationale Errungenschaft gegenübergestellt werden könnte. Läßt sich dies machen? Gewiß, man kann sogar die Art und Weise, in welcher die polnische Volksgesamtheit diese Arbeit in Angriff nehmen könnte, näher bezeichnen. Ich werde mit den Arbeitsbedingungen beginnen. In unserer Hand liegt ein wichtiger Trumpf im Vergleich zu den genannten Mitgliedern des Ausschusses, d. i. der Trumpf, daß wir die notwendigste Sprache vollständig beherrschen. Ferner haben wir eine längere Kenntnis des Landes als die gegenwärtigen Fremdlinge. Was die Arbeit selbst betrifft, so müßte sie unter Spezialisten verteilt werden, ähnlich wie dies die Leitung des genannten Ausschusses getan hat. Die Notwendigkeit, daß dies seitens der Volksgesamtheit ausgeführt wird, ist mit Rücksicht auf die Selbsthilfe eine sehr wichtige Pflicht. Wenn wir ohne lange einleitende Vorbereitungen die Arbeit in Angriff nehmen werden, werden wir die wichtigsten Dinge vielleicht früher beenden, als der erwählte Ausschuß. Das Streben nach der wissenschaftlichen Wahrheit, die unparteiische Beurteilung der Tatsachen sollten mit der eigentlichen Beleuchtung aller Probleme Hand in Hand gehen. Unser Gesichtspunkt wird sicherlich ein anderer sein, als der bei den Fremden: Wir müssen uns zunächst eine Ansicht bilden, und erst dann dürfen wir das lesen, was Fremde über unser Land schreiben werden. Julius Jurczyński.

Aus Nr. 143 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 24. Mai 1916.

Aus der polnischen Presse.

Der „Gazeta Poranna“ vom 15. Mai entnehmen wir folgende geschichtliche Darstellung der früheren Entwicklung des

polnischen Schulvereins.

Am 8. Juli 1916 fand in Warschau die erste Zusammenkunft der Delegierten des Schulvereins statt. Es verfloß kein Monat nach der Genehmigung, und schon fanden sich auf der Zusammenkunft 215 Delegierte ein, welche 77 Provinzialabteilungen und 21 Warschauer vertraten. Der große Saal im Technikerverein war gefüllt. Es herrschte eine erhebende, feierliche Stimmung. Es vermochte diese das Auftreten einiger sogenannter „Liberalen“, die danach strebten, die kulturelle, nationale Gründung im Keime zu ersticken, nicht zu stören. Der Rechenschaftsbericht wies bis zum 1. Juli 55 386 Rbl. 67 Kopfen Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden auf; dieser Betrag wurde benutzt zum Unterhalt von vier Anfangsschulen und eines Arbeitszimmers in Warschau, zur Unterstützung der Organisation, die 2000 Kinder unterrichtete, und für ähnliche Aufklärungszwecke.

Die damals vollzogenen Wahlen ergaben folgendes Resultat: in die Verwaltung wurden berufen: Mieczysław Brzezinski, Ignacy Chrzanowski, Geistlicher Jan Grolowski, Maria Dzierzanowska, Dr. Kazimierz Chelkowski, Dr. Rußbaum, Antoni Osuchowski, Konstanty Paprocki, Stanisław Lebicki und Alexander Zawadzki. Als Stellvertreter wurden in die Verwaltung gewählt: Kazimierz Lazarowicz, Mieczysław Pfeiffer, Dr. Kopeczynski, und Helene Geyfinger. In den Aufsichtsrat traten ein: Roman Dmowski, Piotr Drzewiecki, Stanisław Arzemieski, Graf Adam Krasinski, Marjan Lutoslawski, Josef Natansohn, Henryk Sienkiewicz, Wladyslaw Smolenski und Julian Adolf Swiecicki.

Fast alle neu Gewählten waren keine Anfänger auf dem Gebiete der sozialen Arbeit, sondern überwiegend Leute, die trotz Widerwärtigkeiten und Ver-

sorgungen in der vorkonstitutionellen Zeit im Volke gesunde polnische Aufklärung verbreiteten und das Vertrauen der Gesamtheit verdienten. Diese Wahl brachte auch keine Enttäuschung. Auf der zweiten Zusammenkunft, die am 26. und 27. November 1907 in Gegenwart von ungefähr 900 Delegierten und zahlreicher Gäste stattfand, überzeugt man sich von der Ausbreitung der Tätigkeit des Schulvereins und von den guten Früchten, die sie ergab. Damals hatte der Verein ungefähr 800 Zweigstellen im Lande, welche über 400 Anfangsschulen begründeten, einige Mittelschulen, mehr als 200 Kinderheime, keine kleine Anzahl von Kursen für Analphabeten, viele Volkshäuser, sie veranstalteten Tausende von Vorträgen, begründeten drei Lehrerseminare, ein Schulmuseum in Warschau, eine Volksuniversität usw. Außerdem sind unter der Leitung der Hauptverwaltung Schulprogramme, ein Bücherverzeichnis für Bibliotheken, Pläne für Schulgebäude und ähnliches ausgearbeitet worden. Eine gewaltige, die Kräfte einer Generation übersteigende Arbeit wurde im Laufe von 1½ Jahren ausgeführt! Heute, wenn wir aus einer gewissen Ferne auf sie schauen, müssen wir sie bewundern, und die opferwilligen Arbeiter auf dem Felde der nationalen Aufklärung verehren. Der unerbittliche und vorzeitige Tod hat schon viele von ihnen hinweggerafft, von denen wir nur erwähnen: Mieczysław Brzezinski, Maria Dzierzanowska, Graf Adam Krasinski, Stanisław Arzemieski, Kazimierz Lazarowicz, Konstanty Paprocki. Ehre ihrem Andenken!

Die zweite Zusammenkunft des polnischen Schulvereins öffnete uns die Augen für unsere Lebensfähigkeit und unser Organisationsalent. Wir überzeugten uns, daß bei gutem Willen mit verhältnismäßig kleinen Mitteln Großes erreicht werden kann. Sie konnte jedoch der Aufmerksamkeit der russischen Behörden nicht entgehen, die bisher mit ohnmächtiger Wut auf unsere kulturelle Arbeit schauten. Sie begannen einen Vorwand zu suchen, um wenigstens dem Anschein nach zur Schließung des Schulvereins berechtigt zu sein. Sie suchten ihn nicht lange, und nach nicht ganz drei Wochen wurde die Entscheidung getroffen, durch welche die Tätigkeit des Schulvereins und seiner Anstalten aufgehoben wurde. Das war ein schrecklicher Schlag für die polnische Gesamtheit. Die Empörung auf die russische Regierung kannte keine Grenzen. Wir mußten auch diesen Schlag ertragen, wie wir mehr als einen vordem und nachher ertrugen.

Aus dem reichen Nachlaß des Schulvereins hat sich kaum ein Teil bis zur Gegenwart erhalten. Die Arbeit unorganisierter einzelner Personen war nicht instand, das Ganze zusammenzubehalten. Von heute an sollen die Einzelpersonen in ihrer Arbeit von der Organisation abgelöst werden, die den selben Namen und die selben Ziele hat, wie die vor 8½ Jahren von böswilligen Händen vernichtete. An ihrer Spitze stehen überwiegend neue Leute. Wir glauben jedoch, daß sie von dem selben Geist, der selben Begeisterung, den selben Zielen durchdrungen sind, wie ihre Vorgänger. Wir hoffen, daß trotz Ermattung und Machtlosigkeit, die die Gesamtheit erfaßt haben, die unterbrochene Arbeit mit ganzer Energie wieder aufgenommen werden wird, daß die Zweigstellen des Schulvereins sich wieder über das ganze Land ausbreiten und den Kleinen das Licht des polnischen Unterrichts bringen werden. Und diese Arbeit — das ist die Zukunft des Volkes, deren Grundlage die Aufklärung und das nationale Bewußtsein der Volksmassen ist.

Aus Nr. 114 des Dziennik Narodowy (Petrifau)
vom 21. Mai 1916.

Lodzzer Briefe.

(Von unserem Gewährsmann).

Lodz, den 13. Mai.

Die Lodzzer Industrie.

Die Lodzzer Industrie, welche schon im ersten Augenblick des Ausbruches des Krieges aus dem Gleichgewicht gebracht wurde, macht fortwährend eine Krisis durch, die wahrscheinlich bis zum Ende des Krieges dauern wird. Diese Krisis hatte aber verschiedene Phasen. In dem Augenblicke, als die deutschen Truppen Lodz einnahmen, stieg der industrielle Betrieb in dem Maße, als die Kohlentransporte aus Schlesien und dem Dombrower Kohlenrevier eintrafen.

Diesem lebhaften Treiben wurde durch die Requisitionen der Rohstoffe für den Bedarf des Heeres ein Ende gemacht. Gleichzeitig begann das Werben unserer Arbeiter nach Deutschland. Da sie im Inlande keine Arbeit fanden, wanderten die Arbeiter nach Deutschland aus.

Nach den an Ort und Stelle gemachten Zusammenstellungen reisten aus Lodz durch Vermittelung des hiesigen „Arbeitsamts bei dem Kaiserl. Deutschen Polizeipräsidentium“ 35 000 Arbeiter ab. Abgesehen davon, siedelten sich in Deutschland 6 000 Lodzzer Arbeiterfamilien an. Nehmen wir an, daß jede Familie mindestens aus drei Köpfen besteht, so erhalten wir eine Gesamtsumme von ungefähr 53 000 Personen aus Lodz, die sich zur Zeit zur Lohnarbeit in Deutschland befinden.

In den letzten Wochen macht sich in Lodz auf dem Gebiete des Handels und der Industrie ein lebhafter Verkehr bemerkbar. Die deutschen Militärbehörden verständigten sich mit den Leitungen einiger größeren Fabriken, die unter für sie sehr günstigen Bedingungen für die Heeresverwaltung arbeiten. Auf diese Weise fanden wenigstens vorläufig einige tausend unserer Arbeiter Beschäftigung. Die Tatsache, daß man Lodzzer Fabriken von deutscher Seite, die hinsichtlich der Qualität der Arbeiten sehr anspruchsvoll ist, Aufträge erteilt hat, liefert den unumstößlichen Beweis, daß die größeren Lodzzer Fabriken den deutschen in technischer Beziehung durchaus nicht nachstehen. Daraus die Folgerung für die Zukunft: Die größeren und mittleren Fabriken in Lodz werden bestimmt in der Lage sein, sich nach dem Kriege den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen und ihre Produktivität entsprechend den veränderten Verhältnissen zu reorganisieren.

Die Lodzzer Rechtsanwälte und Herr v. Oppen.

Zu den Angelegenheiten, mit welchen sich die polnische Volksgesamtheit in Lodz lebhaft befaßt, gehört zweifellos das Gerichtswesen. Die Geschichte des polnischen Gerichtswesens in Lodz in dieser wechselvollen Zeit des europäischen Krieges ist äußerst fesselnd.

Nach dem Ausbruch des Krieges und der ersten Räumung der Stadt durch die russischen Behörden hat sich hier, wie übrigens überall, ein Komitee gebildet, auf dessen Schultern alle Teile der städtischen Wirtschaft fielen. Das Komitee mit den zahlreichen Abteilungen — unter anderen mit der Rechtsabteilung — war sozusagen eine gesetzgeberische Einrichtung, während die Bürgerwehr die vollziehende Gewalt hatte. Die Rechtsabteilung hat eine Reihe von gerichtlichen Instituten geschaffen, welche innerhalb eines Monats in der Stadt Justiz übten. Die deutschen Behörden fanden also nach Einnahme der Stadt organisierte, ziemlich gut arbeitende Gerichte vor, die nur etwas reorganisiert und ergänzt zu werden brauchten. Mit

der Form befaßte sich eben diese Rechtsabteilung. Bald wurde dem Polizeipräsident v. Oppen ein entsprechender Entwurf vorgelegt, den aber die Behörden nicht erwogen haben, weil dieselben die Bestimmungen der Hindenburg-Verordnung veröffentlicht wurden, welche die Organisation des Gerichtswesens im Gebiete der deutschen Okkupation im Königreich Polen betrafen. Die neuen Vorschriften berücksichtigten jedoch nicht die Rechte der polnischen Sprache. Die polnische Sprache ist nämlich kaum in der ersten Instanz zulässig. Im allgemeinen hat diese Verordnung einen solchen Charakter, daß die polnischen Juristen die Teilnahme an den Arbeiten der deutschen Gerichte nicht übernehmen konnten, daher lehnten sie auch, als ihnen von amtlicher Seite die Annahme von Richter- und Verteidigerstellen vorgeschlagen wurden, ab, indem sie sich darauf beriefen, daß im Gebiet der österreichischen Okkupation das Gerichtswesen in polnischer Sprache ausgeübt werde. Für diese Ablehnung verbot Herr v. Oppen den Rechtsanwälten die Ausübung der Rechtsanwaltspraxis, wobei für jede Übertretung dieser Vorschrift eine Strafe von 1000 Rubeln drohte. Diese Verfügung wurde im April 1915 erlassen. Trotzdem traten die Rechtsanwälte den Gerichten nicht bei. Die deutschen Behörden organisierten die Gerichte in der Weise, daß sie aus Deutschland junge Juristen beriefen, welche die polnische Sprache natürlich nicht kannten. Gerade ihnen wurden die Richterstellen übertragen. Auf diesem Boden entsprangen — denn mußten entspringen — ziemlich häufig Mißverständnisse, da die jungen Richter ohne die Kenntnis der polnischen Sprache und besonders der verwickelten Ortsverhältnisse ihre Funktionen nicht gehörig und nicht zum Vorteil für die Bevölkerung ausüben konnten.

In letzter Zeit interessierte sich für diese Angelegenheit der Chef der Zivilverwaltung beim Warschauer Generalgouverneur. Im März versandte Herr v. Oppen an die Juristen des Ortes ein Rundschreiben, in welchem er mitteilte, daß er vom Chef der Zivilverwaltung ermächtigt worden sei, das im April 1915 erlassene Verbot der Rechtsanwaltspraxis zurückzuziehen, sofern sich die Rechtsanwälte gegenwärtig entschließen würden, an die Mitarbeit heranzutreten. Sie sollten zu diesem Zweck zu Händen des Herrn v. Oppen einen Antrag überreichen, in welchem sie ausdrücklich hervorheben werden, daß sie mit allen bisher schon erlassenen und zu erlassenden Verordnungen, Anordnungen und „Befehlen“ der deutschen Behörden einverstanden seien. Sofern sie eine Erklärung dieser Art nicht abgeben, behält das Verbot der Ausübung der Praxis mit seinen Konsequenzen Rechtskraft.

Zum Zwecke der Besprechung dieser Angelegenheit fanden einige Versammlungen statt. Schließlich wurde beschlossen, an Herrn v. Oppen eine Delegation zu richten, welche die Forderungen der Rechtsanwaltschaft hinsichtlich des polnischen Charakters der Gerichte darlegen würde. Diese Forderungen lehnte Herr v. Oppen entschieden ab und bemerkte, daß er die Angelegenheit nicht für entschieden halte. Die polnische Rechtsanwaltschaft nimmt also an dem Gerichtswesen weiter keinen Anteil.

Wie wir hören, wird diese Angelegenheit in aller nächster Zukunft im Sinne der Forderungen der Rechtsanwälte beigelegt werden. Herr v. Oppen hat sich nämlich überzeugt, daß außer vier unpopulären privaten Verteidigern, die seine Forderungen angenommen hatten, die Gesamtheit der Lodzzer Rechtsanwaltschaft ihren Standpunkt nicht aufgibt.

Aus Nr. 117 des Dziennik Narodowy. (Petrikau)
vom 25. Mai 1916.

Briefe aus Lodz.

(Von unserem Gewährsmann.)

Lodz, den 22. Mai 1916.

Im letzten Briefe besprach ich ausführlich die Angelegenheit des polnischen Gerichtswesens, dabei die Hoffnung ausdrückend, daß die polnischen Forderungen binnen kurzem von den Behörden berücksichtigt werden würden. Vorläufig wurde in dieser Beziehung nichts Positives getan. Unsere Rechtsanwälte halten sich von den deutschen Gerichten weiter fern. Übrigens könnten sie dort nicht viel tun, da sogar in den Friedensgerichten die Amtssprache deutsch ist. Nur vier Rechtsanwälte haben die Bedingungen unterschrieben, welche von Herrn v. Oppen gestellt wurden. Es sind dies die Privatverteidiger: Anton Zielinski, St. Jablonski, Leonhard Dziemkowski und Theodor Janaszewski. Indem sie auf die Bedingungen des Herrn v. Oppen eingegangen sind, haben diese Herren die Lösung der Solidarität gebrochen; die Sache aber haben sie nicht vorwärts gebracht. Der beste Beweis dafür ist, daß nicht einmal die ziemlich empfindlichen finanzielle Repressalien imstande sein werden, die Forderungen der polnischen Rechtsanwaltschaft hinsichtlich des polnischen Charakters der Lodzer Gerichte zu ändern.

Ich habe erwähnt, daß nach der Verordnung Hindenburgs betreffend das Gerichtswesen im Gebiete des Königreichs Polen die polnische Sprache in allen Gemeinde-Gerichten obligatorisch sei. Nichtsdestoweniger geht es in manchen Städten anders zu. . . In dem rein polnischen Städtchen Strykow werden die Verhandlungen im dortigen Gemeinde-Gericht deutsch geführt.

Wie ich feststellen konnte, fällt die Verantwortung für diese ungelegliche Neuerungen auf den dortigen Gerichtsfekretär, den örtlichen Ansiedler Herrn Weigelt, und den Richter Weitland — einen Hafatisten.

Die in den Zeitungen veröffentlichte Wahlordnung für Warschau hat in den Kreisen der Volksgesamtheit von Lodz ein lebhaftes Echo hervorgerufen. Wie mir bekannt ist, richtet eine ganze Reihe von bürgerlichen, sozialen und kulturellen Instituten an die Zentralbehörden in Warschau die Forderung, die Wahlen für den Gemeinderat in Lodz auszuschreiben.

Es sei hinzugefügt, daß die Lodzer Stadtverordneten von den deutschen Behörden ernannt worden sind.

M. W.

Aus Nr. 269 des Glos Narodu (Krakau)
vom 27. Mai 1916.

Warschau und Galizien.

Welches ist das gegenwärtige Verhältnis Warschaus zu den politischen Strömungen Galiziens? Auf diese Frage will die Zeitschrift „Polen“ durch den Mund ihres Warschauer Gewährsmannes Antwort geben, indem sie die letzten politischen Beratungen in Krakau als Anlaß nimmt.

Das Wiener Organ des Obersten Nationalkomitees stellt fest, daß die Frage geteilt werden müsse. Besonders müsse das Problem behandelt werden, wie sich Warschau zu der „Konsolidation der galizischen Parteien“ verhalte, besonders aber müsse die Frage beantwortet werden, welchen Standpunkt es zu den politischen Direktiven dieser „Konsolidation“ einnimmt. Was das erste betreffe, so freue sich Warschau über die Einigung. Was das zweite anlange — schreibt der Gewährsmann — müsse erwogen werden, daß, wenn es sich um eine streng politische „Erklärung“ Warschaus

handle, „die politischen Ziele dieser Konsolidation in Warschau noch kein volles, einheitliches Echo finden, die Ziele, die eine rasche und endgültige Verständigung der polnischen Elemente des Königreichs Polen mit dem Obersten Nationalkomitee herbeiführen könnten“.

Der Genauigkeit halber bemerken wir, daß, wenn sich Warschau mit jemandem zu verständigen hätte, dies nicht mit dem Obersten Nationalkomitee geschehen müßte, sondern mit dem Polnischen Klub, der die politische Vertreterschaft Galiziens ist. Das Organ des D. N. K. scheint, obgleich die ganze „Konsolidation“ gerade diese Tatsache als Grundlage hatte, zu vergessen, daß die politischen Vorrechte, die sich das D. N. K. einige Zeit angeeignet hat, zum Polnischen Klub zurückgekehrt sind. Warschau weiß dies, und nichts berechtigt zu der Annahme, daß sich Warschau an die falsche, so deutlich durchstrichene Adresse wenden sollte. Dies mußte gerade im Interesse der Verständigung selbst, die ganz Galizien aufrichtig wünscht, betont werden.

Was die erste These des Gewährsmannes der Zeitschrift „Polen“ betrifft, so waren wir stets der Meinung, daß die innere Regelung der galizischen Politik von Warschau mit der Anerkennung begrüßt werden würde, welche jede Verbesserung chaotischer Zustände verdient. Der Verbleib eines Teils der galizischen Abgeordneten außerhalb des Polnischen Klubs war das Zeugnis der Zersplitterung, durch welche Galizien ein unerfreuliches Bild und ein Ärgernis erregendes Beispiel gab. Indem es dieses aus den Augen der Landsleute entfernte, verbesserte es zweifellos seinen Ruf bei ihnen. Dadurch, daß sich dies aber auf der Grundlage der Regelung der Zuständigkeit vollzogen hat, daß der Polnische Klub die Rechte zurückerhielt, die man in der Verwirrung seinen Händen entzogen hatte, wird sich der Ruf Galiziens dort jenseits der Grenzpfähle durch die Überzeugung stärken, daß wir den Versuchen der Desorganisation entgegenzuwirken vermögen. Die Erhaltung dieser Anschauung wird natürlich davon abhängen, ob sich die Sache selbst in der Praxis behaupten wird, — darüber fällt jedoch die Wacht dem Polnischen Klub zu, welcher vor der Volksgesamtheit, der Quelle seiner Vollmacht, verantwortlich ist.

Es bleibt noch die zweite Behauptung des Gewährsmannes des Organs des D. N. K.: betreffend die Stellung Warschaus zu dem Inhalt der galizischen Politik, deren Form wir im Vorstehenden umschrieben haben. Der Gewährsmann äußert die Ansicht, daß eine „Konsolidation“ Warschaus keine leichte Sache sei. „Mit Erstaunen — schreibt er — besahen wir uns hier den Artikel der Krakauer „Nowa Reforma“, aus dem man herauslesen konnte, daß es in Warschau ungleich(!) leichter sei, sich zu konsolidieren, als in Galizien“. Indem der Gewährsmann das Krakauer Blatt tabelt, stellt er fest, daß diese „Leichtigkeit der Konsolidation“ tatsächlich bestünde, wenn man den „allgemeinsten Ausdruck der nationalen Ideale, den Ausdruck unserer weitesten Sehnsucht und Träume“ im Sinne hat, — aber „um diesem in Form einer feierlichen Erklärung aller Parteien, eines Manifestes oder etwas Ähnlichen Ausdruck zu geben, ist Warschau nicht geneigt, eine allzu große Menge seiner patriotischen Tatkraft von sich zu geben, da es sich klar darüber ist, daß im gegenwärtigen Augenblick Gegenstand unserer tatkräftigsten Bemühungen nur ein positives politisches Gebot, die Feststellung der offenen Linie des Handelns sein kann.“ Dies ist nicht allzu klar, es bietet jedoch die Möglichkeit festzustellen, daß Warschau in dem Verhältnis zu jeglichen „Erklärungen“ einen ablehnenden Standpunkt einnimmt, was natürlich von den galizischen politischen Faktoren in Betracht gezogen werden sollte und zweifellos auch in Betracht gezogen wird. Daher haben wir auch die

Mitteilungen der Zeitschrift „Polen“ als Bild der heutigen Verhältnisse und Bedingungen des politischen Warschau vermerkt.

Aus Nr. 219 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 13. Mai 1916.

Haß und Anerkennung.

In russischen Zeitungen hat sich schon, wie man über Stockholm berichtet, der Widerhall der Feier des 3. Mai in Warschau vernehmen lassen. Der größte Teil der Presse versucht, diese Feier zu verhöhnern, und kommentiert sie in ebenso ungereimter, wie perverter Weise als deutsche „Inszenierung“, welche den Zweck habe, Haß gegen Rußland, und Dankbarkeit gegen die Okkupationsbehörden hervorzurufen. Es lag gar kein Grund vor, Haß gegen Rußland hervorzurufen, denn dieses Gefühl hat Rußland selbst durch seinen hundertjährigen despotischen Druck erreicht. Welche Stimmung unter sämtlichen Völkern herrscht, welche unter der russischen Knechtschaft seufzen, dies beweist in deutlicher Weise der kürzlich erschienene Sammelaufruf an den Präsidenten Wilson. Dies hat niemand inszeniert, es trat vielmehr spontan in Erscheinung. Dieser Aufruf kann auch als beste Antwort an die russische Presse dienen, welche der Meinung ist, daß derartige Gefühle gegen Rußland erst künstlich erweckt werden müßten. Was aber die Anerkennung der Okkupationsbehörden für die Erlaubnis der Warschauer Manifestation betrifft, so können diejenigen, welche das Leben der Jugend wegen der leifesten Regierung zugunsten solcher nationalen Erinnerungen vernichteten, wohl keinen Zweifel daran haben, daß die Befreiung von den Fesseln, die der patriotischen Begeisterung angelegt waren, moralisch verpflichtet. Können sich die größten Feinde Polens wirklich darüber wundern, daß ebenso, wie das Gefängnis und das Verschicken nach Sibirien lediglich wegen der Versuche, den Jahrestag des 3. Mai zu feiern, den Haß gegen die russischen Tyrannen erweckt haben, auch das dem polnischen Volke eingeräumte Recht, den 125. Jahrestag der Verfassung ungehindert zu feiern, gegenüber den Behörden, die gegenwärtig Polen verwalten, andere Stimmungen wachgerufen hat? Das polnische Volk hat nicht nur ein tiefes Gefühl für seine Rechte und historischen Traditionen, sondern es versteht auch verständlich und edel auf politische Taten zu reagieren, es weiß genau zu unterscheiden, wo Haß und die Anerkennung gebührt.

Aus Nr. 18/19 des Tygodnik Polski (Warschau)
vom 24. Mai 1916

Eine bescheidene Erinnerung.

Unseren Lesern ist bekannt, daß der „Kurjer Warszawski“ durch die Feder des Herrn B. R. Herrn Dmowski und seine sogenannte „diplomatische Aktion“ im Westen verteidigt hat. Anlässlich des Protestes, welcher gegen diese Aktion veröffentlicht worden ist, hielt es Herr B. R. für notwendig, zu erklären, daß es durchaus unbillig sei, Herrn Dmowski die Rechte und Qualifikationen zum Auftreten im Namen Polens abzusprechen, denn, wenn „Herr Dmowski kein formelles Mandat zu einer diplomatischen Aktion besitzt“, so „gibt es doch keine allgemeine nationale Organisation, welche solche Vollmachten erteilen könnte“. Also darf Herr Dmowski seine gegenwärtige Tätigkeit ausschließlich auf seine persönlichen Qualifikationen stützen, und diese hält Herr B. R. augenscheinlich für völlig geeignet und ausreichend, wenn er erklärt, daß man Herrn Dmowski nur Beifall zollen kann, wenn er für die polnische Sache Bundesgenossen sucht.

So schreibt der „Kurjer Warszawski“ durch die Feder des Herrn B. R. am 3. April d. Js.

Wir gestatten uns bei dieser Gelegenheit an nicht gar zu fernliegende Zeiten ein wenig zu erinnern. In unseren Händen befindet sich ein Stück dieses selben „Kurjer Warszawski“ vom 2. Oktober 1912; an einer sehr sichtbaren Stelle steht darin ein Artikel unter der Überschrift „Herr Dmowski erlaubt nicht“. Was für Gotteslästerungen lesen wir dort? „Herrn R. Dmowski will außer seiner Gruppe niemand mehr. . . ihm handelt es sich nur darum, seinen Willen durchzusetzen, sich Warschau aufzudrängen, zu erfahren, daß er noch etwas bedeutet und noch etwas kann, es handelt sich ihm darum, seinen persönlichen und parteilichen Ehrgeiz zu befriedigen. . . Seine persönlichen Qualifikationen eignen sich für diese Arbeit gar nicht (nämlich dafür, ein polnisches Mandat zu bekleiden). Da er, Dmowski, außer seiner näheren Umgebung schon allen lästig geworden ist, so muß gerade er kandidieren.“

Und einige Tage später lesen wir im „Kurjer Warszawski“ vom 7. Oktober des selben Jahres:

„Die gestrige Wählerversammlung des Herrn Dmowski war ein wahres demagogisches Delirium, wo man alle Regeln des Anstandes, der Gewissenhaftigkeit und der Rücksicht auf das öffentliche Wohl vergessen hatte. Ganz beispielloser Hochmut und Arroganz vermischen sich mit dem Schwinden jeglichen Maßes und Taktes. Herr Dmowski demoralisiert die Menge.“

„Gegen die Person des Herrn Dmowski als Abgeordneten-Kandidaten, als Liebhaber der Abgeordneten-Vorbeeren sind alle von ihm unabhängigen polnischen Blätter. Die gesamte Presse sagt mit einer ungewöhnlichen Solidarität, daß Herr Dmowski gar keine politischen Qualifikationen besitze, nationale Bedürfnisse und Interessen nicht zum Ausdruck bringe.“

„Wahres Barbarentum tritt zum Kampf mit der Zivilisation auf. Und an seiner Spitze steht der frühere Vorsitzende der polnischen Fraktion, der Mann, welcher den Russen die Hand zum Frieden ausstreckte, welcher in Petersburg auf die Linie der Versöhnung gelangt ist und hier im Lande den Wunsch atmete zu kämpfen, geachtete Einrichtungen umzu stoßen, Personen, Gruppen und Ideen zu verunglimpfen, die nationale Solidarität zu zerreißen, die Volksmengen zu betören, aufzuwiegeln und zu schüren, alles aber um des unseligen wahnsinnigen Ehrgeizes willen.“

Nach dem Erscheinen der vorstehenden Artikel bemerkt die damalige „Gazeta Warszawska“, daß ihr Verfasser ein Publizist sei, der seine Artikel gewöhnlich mit den Anfangsbuchstaben B. R. unterschreibe. Dies unterlag keinem Zweifel.

Ha, unerforschlich sind die Geheimnisse der menschlichen Logik!

Aus Nr. 146 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 27. Mai 1916.

In satyrischem Ton führt der „Goniec Czesłowski“ vom 21. Mai unter dem Titel „Mißverständnisse“ eine

Polemik gegen Sasonow.

„Wunderbarerweise sind die Anhänger einer Einigung mit Rußland nicht auf den Gedanken gekommen, wie diejenigen den Polen eine Autonomie geben können, die sich sogar von den Nationalfeiern der Polen fürchteten. Es ist dies einer der vielen Widersprüche, die bei uns vorhanden sind. Man glaubt an den Edelmut, ja sogar an die Verschwendung eines Menschen, der mit dem kleinsten Groschen geizt.“

man hielt diese paradoxe Meinung aufrecht und rechtefertigte sie sogar noch damit, daß es jetzt im Kriege schwer sei, so plötzlich die Gesetze zu ändern und eine neue Ordnung einzuführen. Und nun kommt plötzlich „der Feind“ ins Land, und zwar „der alte Erbfeind“, und dieser rafft sich in einigen Monaten dazu auf, wozu sich das „brüderliche“ Rußland im Laufe von vielen Jahren nicht aufraffen konnte. Herr Sazonow warnt uns zwar außerordentlich rührend und wiederholt mit geheimnisvoll ernster Miene: „Timeo Danaos, et dona ferentes.“ Aber, wahrlich, er tut dies mit Unrecht. Denn anderseits versichert er uns, daß Rußland dies schon längst, längst hat tun wollen. Außerdem versichert uns Herr Sazonow, daß Rußland zurückkommen wird. Warum ist er dann unzufrieden, und wovor warnt er dann? Er müßte im Gegenteil doch sehr zufrieden sein, daß er bei seiner Rückkehr in Polen ein organisiertes Elementarschulwesen, eine Universität und eine Stadtverwaltung wiederfindet. Er müßte mit Genugtuung aufatmen und mit Freuden dem Gegner dankbar sein, daß er ihn derartig vertreten hat und die Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten, die jeder Anfang mit sich bringt, auf sich genommen hat. Daher beruht die Unzufriedenheit Sazonows offensichtlich nur auf einem Mißverständnis.“

Aus Nr. 144 der Deutschen Warschauer Zeitung
vom 25. Mai 1916.

Die „Gazeta Poranna“ vom 7. Mai bringt unter der Überschrift „Ungerechte Urteile“ einen Aufsatz über die Eigenschaften des

polnischen Bauern,

dem wir folgendes entnehmen:

Das in den Dörfern lebende und eigenhändig die vaterländischen Fluren bearbeitende polnische Volk hat während dieses Krieges viele Lobpreisler gefunden, die zu seiner Ehre einen begeisterten Lobgesang anstimmten, aber es fanden sich anderseits auch solche, die ihm völlig Ehre und Glauben absprachen, es in den Staub zogen und ihm schließlich jedes menschliche und Verantwortungsgesühl absprachen.

..... In dieser Weise wurde das polnische Volk während der letzten 20 Monate eingeschätzt. Die einen sahen in ihm das Ideal, die anderen den Auswurf der nationalen Gesellschaft. Beide Parteien ließen sich vom Vorurteil beeinflussen, die einen durch das Vorurteil gegen die intelligenten Schichten der Gesellschaft und durch die „Bauernfreundschaft“, die andern durch das Vorurteil gegen die Bauern. Solche, die das polnische Volk nach seinem tatsächlichen Wert einschätzten, waren nur verhältnismäßig wenig vorhanden.

Der polnische Bauer ist für den unparteiischen Beobachter ein recht interessanter Typ: Er ist kein Ideal, aber er ist auch kein verdammungswürdiger Schurke. Er liebt sein Land und sogar sehr, aber auf seine Art: den vom Vater ererbten oder selbst erworbenen Acker läßt er nicht verkommen, doch entspringt diese Liebe mehr den Trieben der materiellsten Natur als dem Gefühl. Die Liebe zur Erdscholle weiter aufzufassen, als nur die Liebe zu dem väterlichen Landstreifen, nämlich die Liebe zu ganz Polen, ist unserem Bauer etwas Unbegreifliches.

Geben wir ohne Umschweife zu — unser Bauer ist ein Materialist. Dieser Materialismus könnte, wenn er richtig geleitet werden würde, eine kostbare Eigenschaft sein, und ist es auch zuweilen, aber meistens wird er zum Nachteil, da unserem Bauern im allgemeinen eine nationale Erziehung fehlt. Die Quelle vieler Sünden, die unserem Bauern vorgeworfen werden, ist gerade der bisher noch von niemandem geleitete Materialismus geworden. Unter dem Einfluß des un-

edlen Materialismus zogen die polnischen Bauern hier und dort Nutzen aus dem Chaos und raubten die von der Landbevölkerung zurückgelassene Habe, manchmal sogar vor den Augen der Eigentümer, der demoralisierende Materialismus veranlaßte sogar manche Bauern, erhöhte Preise für Fuhrwerk und Nahrung von Flüchtlingen zu nehmen, derselbe Materialismus, nicht etwa irgend welche politischen oder gesüßmäßigen Gründe durchdrangen einen Teil unseres Bauerntums mit dem sogenannten „Moskalophilismus“, d. h. er stachelte sie zur Sehnsucht nach der Rückkehr der „Ansrigen“ an, durch die er oft einen recht angenehmen Gewinn hatte.

Da, wo man schon früher an die nationale Erziehung des Volkes gedacht, wo man schon etwas daran gearbeitet hat, ihn zu einem nützlichen Staatsbürger zu machen, hat der polnische Bauer große Vorzüge an den Tag gelegt: er war ein nützlicher Arbeiter im Bürgerkomitee und auch im Hauptfürsorgeamt, er eilte gerne dem durch den Krieg ruinierten Nachbar oder den zur Flucht gezwungenen Leuten, dem Landnachbar, dem des Inventars oder der Hände Arbeit Beraubten zu Hilfe, er half auf dem Felde und, wenn es die Not verlangte, verteidigte er unter eigener Lebensgefahr dessen Hab und Gut. Bei alledem war er ein treuer Pole, wir wiederholen jedoch, daß diese Vorzüge unseres Volkes nur da hervortraten, wo schon vorher seine Beziehungen zu der Dorfsintelligenz durch gegenseitiges Vertrauen und Mitarbeit begründet waren.

Daraus ist es leicht, einen Schluß zu ziehen: Das polnische Volk ist ein gutes Material zum Staatsbürger, man muß jedoch das heute noch meistens rohe Material einer sorgfältigen Behandlung unterziehen. Und sobald sich der augenblickliche Kriegssturm gelegt haben wird, müßte jeder, dem das Wohl des Landes und seine bessere Zukunft nahe liegt, mit aller ihm zur Verfügung stehenden Kraft und aller Energie an das große Werk herantreten, das Volk aufzuklären, es zu erziehen und zu guten Staatsbürgern zu machen. Heute müßte man aber schon die Fundamente für diese Arbeit errichten.

Aus Nr. 137 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 18. Mai 1916.

„Helst den Kindern“.

Eine schwere Fügung Gottes ist über unser Land gekommen. Der Krieg mit allen seinen Greueln hat alle Saiten unseres Lebens zerrissen. Alle Schläge werden wir mit Gottes Hilfe ertragen und — gestählt durch den jahrhundertlangen Kampf um das eigene Dasein und im Vertrauen auf eine bessere Zukunft unseres Vaterlandes — dem furchtbaren Schicksal die Stirn bieten. Es ist aber ein Unglück, das alle Schläge, von denen wir bisher heimgesucht worden sind oder noch heimgesucht werden können, hundertmal übertrifft. Und dieses Unglück schwebt über unseren lieben Kindern, dem Teuersten, was wir auf Erden haben.

Diese teuren Geschöpfe, die kaum das Tageslicht erblickt haben und deren schwächlicher Organismus gestärkt werden muß, damit sie mannbar werden und zu unseren Vertretern heranwachsen, diese einzige Freude besorgter Eltern, diese Hoffnungen der ganzen polnischen Nation, sie fallen als erste dem grausamen Schicksal zum Opfer und gehen ins Jenseits über, ehe sie zu leben beginnen.

Es wird der Zeitpunkt kommen, in welchem der Kanonendonner aufhören und der Boden seine Fruchtbarkeit wieder erlangen wird, der Zeitpunkt, in welchem die Städte und Dörfer aus den Trümmern wieder erstehen, die Kirchen wieder aufgebaut und die von den russischen Truppen entführten Flüchtlinge — wenn auch in ihren Reihen gelichtet — nach der Heimat wieder zurückkehren werden. Aber die unter den

Grabhügeln ruhenden Kinder werden nicht mehr zum Leben erwachen.

Helft mithin den Kindern, ruft ganz Polen! Am 11. Juni soll dieser Ruf besonders in eure Herzen dringen. Wenn an diesem Tage die Almosenjämmler an euch herantreten werden und ihr aus ihrem Munde nur die drei Worte: „Helft den Kindern“ vernehmen werdet, dann möge jeder seine Hand austun und ein Opfer bringen.

Möge es niemanden in Polen geben, der an diesem Tage gleichgültig abseits stehen würde. Für euren Opfergroßchen erhalten hungrige Kinder Speise, franke — ärztliche Hilfe, arme — Schutz und Unterstützung und am Leben gebliebene — die erste Erziehung in den Spielschulen.

Es gibt heute in Polen keine wichtigere Aufgabe als die, den Kindern Hilfe zu bringen.

Helft den Kindern!

Der Hauptfürsorgerat.

In der selben Angelegenheit wird dem „Dziennik Berliński“ vom 26. Mai 1916 geschrieben:

Der Hauptfürsorgerat in Warschau hat beschlossen, im ganzen Königreich Polen eine große Sammlung unter der Losung: „Helft den Kindern“ vom 11.—18. Juni zu veranstalten. Zum Zwecke der Organisation der Sammlung hat sich beim Hauptfürsorgerat eine besonderer Ausschuß gebildet, dem folgende Personen angehören: Prälat Sigiśmund Chelmiński, Fürst Władimir Światopelk-Czetwertynski, Andreas Garbiński, Ludwig Gorzki, Wazław Janasz, Alexander Karzko-Siedlewski, Konstantin Komierowski, Franz Radoszewski, Graf Adam Koniker, Graf Adalbert Rostkowski, Dr. Anton Rząd, Stanislaus Staniszewski, Andreas Szczuka, Dr. Władislaus Szenajch, Graf Josef Zoltowski, Anton Wieniawski, Graf Franz Kwilecki, Anton Olszewski, Władislaus Heymond, Sofie Rzędna und Alexander Janowski. Die Sammlung wird in allen Städten, Dörfern und Gemeinden des ganzen Landes veranstaltet werden. An dem Einsammeln der Gaben in den 181 Städten und 22 119 Dörfern des von den deutschen und österreichischen Truppen besetzten Gebiets, das 8 726 277 Einwohner zählt, werden sich 60 000 Personen beteiligen. Die Unterstützung von seiten der Geistlichkeit ist in dieser Frage gesichert. Zweifellos wird auch die Volksgemeinschaft diese Sammlung nach Kräften fördern.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 110 des Dziennik Narodowy (Petrikau) vom 17. Mai 1916.

Die Ukrainer über die polnische Aktion in Deutschland.

In der letzten Nummer (95, 96) des Wiener Organs des „Verbandes zur Befreiung der Ukraine“ finden wir einen fünften Brief aus Deutschland von dem bekannten ukrainischen Politiker Eugenius Lewicki, welcher in Deutschland sozusagen die Rolle eines Boten spielt. Dieser Brief ist insgesamt einer Beiprächung der polnischen Aktion in Deutschland gewidmet. Er enthält eine interessante Beleuchtung dessen, was von den Polen auf deutschem Boden für die polnische Sache getan wird. Herr Lewicki berücksichtigt eigentlich „die polnische Propaganda“ nur insofern, als sie der ukrainischen Sache geschadet hat. Nichts destoweniger jedoch erhält sein Artikel einige Informationen, welche von größerer Bedeutung sind. Leider ist ein Fünftel des Briefes des Herrn Lewicki beschlagnahmt worden. Er enthält, soweit man aus der Fortsetzung des Briefes schließen

kann, eine allgemeine Charakteristik der polnischen Tätigkeit auf deutschem Boden. Im weiteren Verlauf des Briefes bespricht Herr Lewicki die polnischen Publikationen, welche in deutscher Sprache erschienen sind, vor allem die Broschüren W. Feldmanns. Von der Feldmannschen Broschüre „Polen, Deutschland und die russische Gefahr“ sagt er, daß man sie auf dem Schreibtisch fast jedes deutschen Universitätsprofessors und Politikers findet. Diese Broschüre hält Herr Lewicki noch für die unschuldigste, weil sie nur die „schüchterne Bemerkung“ enthält, daß „aus der unbewußten und wenig kultivierten ethnographischen ruthenischen Masse nicht innerhalb 24 Stunden ein selbstständiger Staat errichtet wird“. Als für die ukrainischen Interessen schädlich erachtet Herr Lewicki die zweite Broschüre Feldmanns „Der deutsch-polnische Ausgleich“. Herr Lewicki sagt: „Durch meinen Protest gegen die Annexionsbestrebungen des polnischen politischen Lagers (siehe meinen Artikel im Berliner Tageblatt unter der Überschrift „Polnische Friedensbedingungen“) beunruhigt, reißt Feldmann die Maske des Diplomaten von seinem Gesicht und spricht von uns Ukrainern in seiner Art mit vollkommener Offenheit. Vor allem ist es nicht nach seinem Geschmack, daß Deutschland mit der Ukraine und der ukrainischen Frage soviel hermacht, — wobei Herr Feldmann nichts erraten will oder kann. Was Galizien anbetrifft, so erteilt Herr Feldmann auf meine Bemerkung, daß Ostgalizien nicht der polnische Klub, sondern die legale ukrainische parlamentarische Vertreterschaft vertrete, die Antwort, daß in Ostgalizien nicht weniger als 1½ Millionen Polen wohnen, im übrigen aber die galizischen Ukrainer vor allem ihr Land noch von den Russenfreunden zurückerobern müßten, wo in jeder ukrainischen Familie „der eine — Ukrainer, der andere — Russenfreund sei, sogar das in nationaler Beziehung reinste Kolomyjaer Land befände sich unter der Alleinherrschaft Dudykiewicz.“ In Anbetracht dessen sollten die Ukrainer keine autonome nationale Politik treiben, sondern sich auf Polen stützen, welches nur allein das Ukrainertum gegen die moskowitzische Vernichtung verteidigen könne.

„Die zweite Broschüre, welche in deutschen politischen Kreisen zweifellos eine Verwirrung und Verwirrung der Begriffe in der polnisch-ukrainischen Frage hervorgerufen hat, war die Broschüre des Grafen Franz Kwilecki „Polen und Deutsche gegen Rußland“, welche hauptsächlich in deutschen und österreichischen konservativen Kreisen verbreitet worden ist. . . Wenn Feldmann als Exsozialist mit Argumenten politischen Inhalts operiert, so reitet der ultrakonservative polnische Graf hauptsächlich auf dem Steckenpferd des Katholizismus. Die russische Orthodoxie ist dem moskowitzischen Barbarentum, der Katholizismus der europäischen Kultur synonym, und in dieser letzten Richtung ist das katholische Polen in der Tiefe seiner Seele der Schutz im Osten für das ganze zivilisierte Europa. . .“ So lange die Ukraine unter polnischer Herrschaft war, so lange blühte dort die Union und die westliche Kultur. Daher muß sich Polen in seiner früheren „Macht“ und in seinen früheren geschichtlichen Grenzen im Interesse Europas unter europäischer Zivilisation erneuern.“

„Die Broschüre Feldmanns hat ohne Rücksicht darauf, daß sie eine große Verbreitung gefunden hat, tatsächlich nur unbedeutenden Erfolg gehabt, dagegen stimmt die Broschüre des Grafen Kwilecki zweifellos mit der Weltanschauung gewisser Kreise überein, Kreise, die etwa mit den selben Begriffen wie der polnische Graf operieren. Und daß diese Elemente auf die Entwicklung der Vorgänge schon im Laufe des gegenwärtigen vorübergehenden Stadiums nicht ohne

Einfluß geblieben sind und sich autorativ in die Umwälzungen der Welt, welche sich in unseren Zeiten vollziehen, einzumischen verstanden, dafür sind ein Zeichen alle kalendermäßigen und alphabetischen Verordnungen in dem ganzen nahen Osten bis nach dem europäischen Süden sowie die bekannten Taten der polnischen Legionäre gegenüber der nichtkatholischen Bevölkerung im Chelmer Lande."

„Überhaupt gab es drei Argumente, welche die polnischen Publizisten und Politiker in Deutschland zur Durchführung ihrer Pläne auspielten, und zwar außer dem schon erwähnten römischen Katholizismus und der Ureise des ukrainischen, litauischen und weißrussischen Elements auch noch die Frage der Umwandlung der polnisch-deutschen Grenzländer in eine litauisch-weißrussisch-ukrainische Provinz auf dem Wege der Ansiedlung. Dieser letzte Gedanke wurde in Deutschland hauptsächlich mittels der Broschüre Studnickis „Die Umgestaltung Mitteleuropas durch den gegenwärtigen Krieg“ verbreitet; eine sehr klare Ergänzung hinsichtlich unserer ukrainischen Provinzen gibt der Artikel des selben Verfassers über die Zukunft Polens in den „Baseler Nachrichten“ ... Ein Echo dieser Vorschläge von polnischer Seite enthält in gewissem Sinne der Artikel einer so einflussreichen und geachteten Persönlichkeit, wie Professor Schmoller, welcher in seiner zweiten Antwort auf die polnische Frage die Möglichkeit auch einer solchen Lösung keineswegs ausschließt. (Polnische Blätter Nr. 11.) Ein Zeichen, daß halbbrüderliche Projekte dieser Art von polnischen Politikern in Deutschland verbreitet wurden oder noch verbreitet werden und dort nicht ohne sichtbare Spur geblieben sind.

Zum Schluß bespricht Herr Lewicki noch verschiedene Artikel des Professors Brückner, welche „den von polnischen Kreisen erwünschten Erfolg bestimmt nicht gehabt haben.“ Den Schlußabsatz des Briefes des Herrn Lewicki geben wir unverkürzt wieder. Er lautet:

„Allgemein gesprochen, hat die polnische Agitation, soweit dies die Lösung der polnischen Frage allein betrifft, in Deutschland sehr schwache Spuren hinterlassen. Von den drei Argumenten, welche von den polnischen Politikern und Publizisten verbreitet wurden, hatte noch den größten Erfolg, die in der Broschüre des Grafen Riwilecki nach außen vertretene Ideologie. Ihren Einfluß habe ich namentlich in den Kreisen des sogenannten katholischen Zentrums festgestellt, welches sehr einflußreich ist, insbesondere hinter den Kulissen der Partei, dagegen ist das Argument der polnischen Zugehörigkeit zur westeuropäischen Kultur als einer Notwendigkeit des Gegensatzes zwischen Polen und Moskau — ein von dem Obersten Nationalkomitee, in Deutschland von Feldmann sehr gern gebrauchtes Argument — hier in Anbetracht der bekannten Orientierung solcher Leute, wie Dmowski und Grabzki, auf einen gerechtfertigten Skeptizismus gestoßen. Sowohl Feldmann als auch Studnicki (der letzte mit seinem Mittel des Ansiedlungsaustausches), fanden für sich noch am meisten Gehör unter gewissen politisierenden deutschen Professoren und zum Teil (besonders Feldmann) unter der sogenannten fortschrittlichen Partei, die übrigens in Anbetracht ihrer geringen Zahl hier fast gar keine politische Rolle spielt. Dagegen kam den polnischen politischen Plänen eine ganz nebenhergehende Agitation, an welche die polnischen Politiker und Publizisten nicht einmal dachten, nämlich die Agitation Naumanns für ein Mitteleuropa, zu Hilfe. Naumann bezieht in das Mitteleuropa auch Polen ein, verlangt die Anerkennung aller nationalen Rechte der Polen und eine vollständige Änderung der deutschen Politik gegenüber den Polen, denn er steht mit Rücksicht auf die Sicherung des zukünftigen Wirtschafts- und

Handelsblocks auf dem Standpunkt, daß alle nationalen und staatlichen Rechte der Glieder dieser neuen nationalen Kooperation nach Möglichkeit nicht zu beschneiden, sondern zu achten seien. — Wer weiß, welchen Umfang die Agitation Naumanns angenommen und welches Echo sie in den entscheidenden politischen Kreisen gefunden hat, wird verstehen, wieviel Naumann und seine Anhänger den Plänen einer Wiederherstellung Polens geholfen haben — jedenfalls mehr, als die politischen und publizistischen Auftritte der polnischen Politiker, welche die Deutschen durch ihr ausdrucksvolles und herausforderndes Wesen sehr oft abschreckten. Man braucht nicht hinzuzufügen, daß, wenn die in Deutschland wirkenden polnischen Publizisten und Politiker gegen die ukrainischen Bestrebungen nach einer Selbständigkeit in zahlreichen Artikeln und Broschüren so entschieden und offen aufgetreten sind, diese Agitation schon gar kein Maß dort kannte, wo es sich darum handelte, hinter den Kulissen ein Bein zu stellen. Das, was ich persönlich in allen privaten Unterredungen und Besprechungen mit hervorragenden deutschen Politikern über das erwähnte Thema festgestellt habe, erinnert sehr kraß daran, was bewußte Leute über uns i. Jt. auch in Wien verbreitet hatten. Das Ergebnis dieser politischen Arbeit aber ist, daß die polnischen Publizisten und Politiker für ihre polnische Sache nicht viel erreicht, aber statt dessen dem eigentlichen Verständnis für unsere ukrainische Frage nicht wenig geschadet haben. Dies unterliegt nach allem Gesagten und Festgestellten keinem Zweifel."

Den vorstehenden Ausführungen des Herrn Lewicki braucht man keine längeren Kommentare hinzuzufügen. Sie aimen so offenbar bösen Willen gegen Polen und die Polen, daß sie sich selbst kennzeichnen. Außerdem imputiert Herr Lewicki die Methoden des eigenen Handelns und die der Ukrainer im allgemeinen den polnischen Politikern. Ist es doch bekannt, welcher Lügen, Intrigen, Hinterlist sich die Ukrainer bedient haben, um nur die Polen gegenüber dem näheren und entfernteren Europa zu verunglimpfen. Diesen negativen Charakter der ruthenischen Arbeit überträgt natürlich Herr Lewicki auf die polnische Tätigkeit im Ausland. Aber darin liegt gerade der Unterschied. Die Polen treiben überwiegend positive Politik, d. h. sie klären ihre Sache und die Bedeutung Polens für Europa auf, die Ukrainer dagegen und ihre Führer haben sogar in dieser geschichtlichen Zeit in ihren Augen nur Haß und verwenden ihre ganze Tatkraft dazu, den Polen zu schaden. Dies hilft den Ukrainern nicht viel, wir zweifeln auch nicht, daß das Ende des Krieges zugleich auch den ukrainischen Politikern des heutigen Typus das Ende bringen wird. —

Aus Nr. 22 des Tygodnik Ilustrowany (Warschau)
vom 27. Mai 1916.

Brief aus Krakau.

Als Zuschauer der entscheidenden Ereignisse, welche uns mit überwältigender Kraft regieren, leben wir in einem beständigen Warten und in einer beständigen Ungewißheit mit dem Gefühl, daß sich eine neue Geschichte bildet, daß ein neues Schicksal geschnitten wird, welches aber mit dem Nebel des Geheimnisses vor unseren Augen noch verhüllt, für die Strahlen unseres Willens noch undurchdringlich ist. Was wird sich aus dem Nebel des Chaos entwickeln? Der Tag mit seinen vielen und schwülstigen Ereignissen gibt darauf keine Antwort. Aber die galizischen Politiker, denen bisweilen das Verlangen, sich der Volksgesamtheit in der Rolle den Lauf der Ereignisse leitender Steuerleute zu zeigen, nicht fremd ist, werden sich wohl hin und wieder gegenseitig die Worte aus der Walpurgisnacht im Faust zitieren:

„Ihr glaubt zu schieben und Ihr seid geschoben.“ Es scheint euch, daß ihr schiebt, aber ihr selbst werdet geschoben.

Aber man muß sich wappnen, unverdrossen organisieren und wirken, um die Existenz zu erhalten und sie unter neuen Verhältnissen wieder aufzubauen.

In diesem Sinne und zu diesem Zwecke ist die Konsolidation der galizisch-polnischen Parteien im polnischen Klub durch den Eintritt der Sozialisten vollzogen worden. Dies ist eine nützliche und erwünschte Tatsache. Denn sie bildet einen polnischen Block auf der politischen Arena in Wien. Was immer geschehen wird, es wird gut sein, daß die politische Vertretung des polnischen Galizien als eine einzige nach außen konsolidierte Körperschaft auftreten kann. Obgleich unter dem Einfluß der Staatsidee und unter dem Druck des zentralisierenden staatlichen Imperativs, der Zusammenschluß und die Leistungsfähigkeit der Monarchie in diesem Kriegssturm die Erwartungen übertraffen haben, so wird doch Österreich ein Aggregat verschiedener Nationalitäten auch nach dem Kriege weiter bleiben; dank den Prozessen der Konsolidation, welche sich in allen Ländern vollziehen, werden sich die Völker einander noch schroffer gegenüberstellen. Galizien kann es also zum Vorteil gereichen, daß die polnischen Parteien von jetzt ab auf dem Wiener Boden einen einzigen nationalen Block bilden. (Dies ist aber keine vollständige Vereinigung, denn die nicht zahlreiche, aber unter dem Landvolke einflußreiche Partei Stapiński wird außerhalb des Klubs verbleiben.) Die praktischen Folgen der Vereinigung braucht man jedoch nicht zu überschätzen, sie hat vor allem eine moralische Bedeutung, indem sie das Ansehen des Klubs erhöht.

Der Konsolidation des polnischen Klubs soll die Reorganisation des Obersten Nationalkomitees durch den Eintritt der ostgalizischen Konservativen entsprechen, welche zusammen mit den Nationaldemokraten im Oktober 1914 seine Reihen verlassen haben. Die Rückkehr der Podolaken — von den Nationaldemokraten hört man nichts — ist höchstwahrscheinlich, aber sie ist noch nicht endgültig gesichert. Welche Bedeutung soll man dieser beabsichtigten Reorganisation zuschreiben?

Das Oberste Nationalkomitee verwahrt sich zwar dagegen, daß es sich als National-Regierung betrachtet habe, tatsächlich aber hat es, seinen Teilgebietscharakter verlassend, bisweilen darauf Anspruch gemacht, in der Rolle eines Hauptsteuermanns der Nation aufzutreten, und es proklamierte, auf die Unterstützung der Regierung vertrauend, seine nicht nur moralische Diktatur. Weil aber das Oberste Nationalkomitee auf die Fragen in der Angelegenheit der Verwirklichung der erhabenen Losungen, welche nach außen hin gepredigt wurden, niemals befriedigend antworten konnte und bis heute nicht antworten kann, weil sich dabei der Radikalismus und Doktrinarismus der verschiedenen Politiker und Schriftsteller von der Firma des Obersten Nationalkomitees in wirklich tadelnswerten Zänkereien geäußert hatten — hat sich der Kritizismus gegenüber der Politik des Obersten Nationalkomitees erhöht und wird sein Ansehen trotz der außerordentlichen Presse-Agitation seiner Anhänger in den Augen der galizischen Volksgesamtheit immer geringer. Ich behaupte dies mit ganzem Nachdruck, wiewohl ein oberflächliche Beobachter des galizischen Lebens, vom Schein getäuscht, einen anderen Eindruck haben könnte.

Die Reorganisation des Obersten Nationalkomitees und die Vereinigung des Vorsizes im polnischen Klub mit dem Vorsitz des Obersten Nationalkomitees werden bewirken, daß das Oberste Nationalkomitee aufhören wird, die Rolle einer höchsten politischen Magistratur auf der galizisch-wiener Arena zu

spielen, und daß es diese Arbeit auf den polnischen Klub übertragen wird. Zugleich aber wird sich auch der Teilgebietscharakter des Obersten Nationalkomitees noch deutlicher abheben.

So stellt sich unser politisches Leben dar. Ein großes Fragezeichen schwebt über seinen Bogen. Alles befindet sich in der Phase der Gärung, des schmerzlichen Abwartens und des mühsamen Sichbildens. Dabei schwinden die Illusionen und Fiktionen, was eine nützliche Erscheinung ist; der Kritizismus wird schärfer, der Blick nimmt die Fähigkeit einer nüchternen realen Beurteilung der Tatsachen an.

Aus Nr. 123 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 30. Mai 1916.

Eine Aufklärung in Sachen des Wiener Kurjer Polski.

Vor einigen Tagen brachten wir nach einem Krafauer Blatte eine Nachricht, die von der Furcht diktiert war, die polnische Presse könnte einen nationalen Vorposten einbüßen. Gegenwärtig finden wir in dem selben Blatte eine Aufklärung des Herrn Dr. Schmurski, des Redakteurs des „Wiener Kurjer Polski“, welcher die Nachricht widerruft, daß sein Blatt in den ausschließlichen Besitz des Verlags der „Österreichischen Morgenzeitung“ in Währisch-Strau übergegangen sei. Die Berichtigung hebt schließlich hervor, daß die Redaktion des „Wiener Kurjer Polski“ ein unabhängiges und ausschließlich der polnischen Sache ergebendes Organ geblieben sei.

Aus Nr. 2916 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)
vom 24. Mai 1916.

Der Geistliche: Kasimier Lutoslawski über die Legionen.

In dem in Moskau unter der Schriftleitung der hervorragenden nationalen Politiker Dr. Karl Lutoslawski und A. Sadzewicz herausgegebenen „Kalendarz Polski“ (Polnischen Kalender) finden wir folgenden charakteristischen Abschnitt über unsere Legionen, der umso bezeichnender ist, als er in einer von der russischen Zensur durchgelassenen Publikation abgedruckt ist. Nach einigen Worten, welche die Rolle der Legionen und ihr Verhältnis zu den Mittelmächten in der den Nationaldemokraten eigenen Weise darstellen, lesen wir dort: „Aber für diese jungen Herzen, für diese tapferen Seelen, welche ihre Liebe zur vaterländischen Sache mit Blut bezeugen mußten, für sie wird Polen auf beiden Seiten, wenn die Stunde der Geschichte geschlagen haben wird, die gleiche mütterliche Verehrung und Dankbarkeit haben. Dieses Opferblut, diese von dem Kriegssturm forgerissenen jungen Leben, diese Leiden und Schmerzen, diese Schweißtropfen auf den Stirnen der Sterbenden — alles das wird von dem barmherzigen Gott angerechnet werden als Lösegeld für die Schuld der Vergangenheit, welches auf dem Altar, auf dem Altar des Vaterlandes niedergelegt sein wird. Und wenn wir uns nach dem Kriege alle in einem freien Polen begegnen werden, werden wir uns die Hände reichen, wie Brüder nach den Tagen einer schrecklichen Trennung, die in blutiger Arbeit verbracht worden sind, aber von einem Gedanken und von einer Hoffnung, dem freien und vereinigten Vaterland, umstrahlt sind. Und allen gefallenen Brüdern werden wir ein einziges Denkmal des Opferbluts der Jugend errichten, welche „heut“ für unser „Morgen“ den wahren Soldaten, welche während des Krieges nicht im Felde sein können, freiwillich ein Denkmal errichtet haben.“

Aus Nr. 145 des Dziennik Polski (Gzenstochau)
vom 28. Mai 1916.

Rußland und Polen.

Die durch ihre Sympathien für die Koalition bekannte „Gazette de Lausanne“ hat am 9. d. Mts. einen bezeichnenden Artikel des russischen Publizisten Dr. N. Rubakin unter dieser Überschrift veröffentlicht. Dieser Artikel ist eine einzige große Anklage gegen die russische Bürokratie im allgemeinen und gegen die aus dem Königreich Polen „evakuierten“ russischen Behörden im besonderen. Wir geben ihn nachstehend auszugsweise wieder:

Dr. Rubakin erwägt vor allem die Frage, ob die Polen den russischen Versprechungen trauen dürfen? Die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers vom 5. April und die polenfeindlichen Erklärungen der russischen Minister verleihen der polnischen Frage Aktualität. Von wem können die Polen ihre Befreiung erhoffen: von Österreich, von Preußen oder von Rußland? Dr. N. Rubakin übergeht die Frage der Beziehungen der Polen zu Preußen und Österreich, behandelt aber dafür recht ausführlich die Möglichkeit einer polnischen Selbstverwaltung im Rahmen des heutigen Rußlands. Als Ergebnis seiner Untersuchungen stellt der Verfasser die nachstehende These auf:

Die Polen können Rußland nicht trauen. Es genügt die Organisation des russischen Bürokratismus näher zu betrachten, um die Gründe dieses Mißtrauens zu begreifen. Abgesehen von den 58 Mitgliedern der Familie des Zaren, setzt sich die höhere russische Bürokratie, von der das Schicksal des ganzen russischen Staates abhängt, aus ungefähr 6500 Personen zusammen. Von diesen bekleiden 93 Funktionäre die erste und zweite, 594 die dritte und 3840 die vierte Rangklasse. Hinzukommen noch 1673 Generale als Kommandanten der Armeen, 75 Admirale und einige Duzend Bischöfe. 30 Prozent der Zivilbeamten, wie Universitätsprofessoren, Ärzte usw. sind mehr oder weniger liberalen Ideen zugänglich. In der militärischen Bürokratie sind an liberalen Elementen höchstens 5 Prozent vorhanden. Der hohe Klerus ist mit Ausnahme zweier oder dreier Bischöfe durch und durch reaktionär. Diese Sippe von 6500 Personen unterstützt sich gegenseitig, regiert den ganzen Staat und wird von seiten des Hofes und des Adels unterstützt. Fast alle Großgrundbesitzer, mit Ausnahme der Polen, bekleiden gleichzeitig höhere bureaukratische Würden.

Dank dem ehemaligen Justizminister und Präsidenten des letzten Kongresses der schwarzen Sotnie, Szczegalowitow, sind die russischen Gerichte der Beute der Verwaltungsbehörden preisgegeben. Man kann sich leicht vorstellen, daß unter solchen Verhältnissen der Druck der russischen Bürokratie nicht nur auf den Polen, sondern auf den Russen selbst mehr lastet, als das österreichische Übergewicht auf den Slawen in der habsburgischen Monarchie. Rußland wird wie ein erobertes Land regiert. Die liberalsten russischen Funktionäre sind überdies Liberale einer besonderen und im Westen unbekannten Art. Sie sind zugleich Vertreter des äußersten Nationalismus, der von den Kreisen am Hofe begünstigt wird.

Die russische Bürokratie unterliegt dem Recht der natürlichen Auswahl. Es ist schwer anzunehmen, daß nach Jahrhunderten dieser Auswahl die russische Bürokratie aus sich Leute hervorbringen könnte, die zur Durchführung erfolgreicher Reformen fähig sein würden. Staatsmänner, die dem eigenen Volk die Freiheit absprechen, können sich nicht für fremde Nationen begeistern. Gemäßigte Konservative, wie Krywozew, Szczegorbatow, Poliwanow, Kuzski haben ihre Entlassung nachsuchen müssen, während fanatische Reaktionäre im Amte verblieben. Ihnen verdankt Ruropatkin

die Möglichkeit, neue „Kriegslosterbeeren“ von Gnaden Hindenburgs zu ernten. Seit 10 Jahren sind der Zar und der Thronfolger Ehrenmitglieder der Organisation der schwarzen Sotnie. Der Zar selbst hat in einer Versammlung dieser Organisation eine Rede gehalten, die das reaktionäre Blatt „Objedinienie“ veröffentlicht hat. Gemäßigte Politiker, wie Kotskow bewaupten, daß es in Rußland, Gott sei Dank, kein Parlament gibt. Der Minister des Innern, Makarow, fand das Programm für Reformen in dem Spruch der Bibel: „Alles was war, wird bleiben.“ Der Ministerrat und die Mehrheit des Reichsrats setzen sich aus solchen Elementen zusammen. — Schon im Jahre 1907 war der Reichsrat ein Begräbnisinstitut, das die Aufgabe hatte, die Hoffnungen des Volkes zu begraben.

Können denn solche Leute Polen eine Selbstverwaltung zu geben?

Alle russischen Minister haben in der Duma eine Erklärung abgegeben, die sich nicht nur gegen die polnische Selbstverwaltung, sondern auch gegen die Aufhebung der antipolnischen Gesetze richtete. Man muß zu dem Schluß kommen, daß die Polen von der russischen Regierung eine Selbstverwaltung nicht erwarten können. Ihr unglückliches Vaterland würde in der Zukunft ein Opfer der Gewalt der russischen Bürokratie werden.

Die Intelligenz der russischen Bürokratie ist übrigens gleich Null. Nur im Mittelpunkt der russischen Bürokratie konnten solche Skandalgeschichten, wie die Streiche des Schostow oder die des berühmten Rasputin, eines gewöhnlichen Bauern, der am Hofe des Zaren eine große Rolle spielt, vorkommen. Aber angenommen, daß die russische Bürokratie den Polen eine Selbstverwaltung geben würde, dann würde es genügen, sich nur auf den Artikel 87 der Grundgesetze zu berufen, um zu beweisen, daß eine Selbstverwaltung für Polen keine Daseinsberechtigung habe. Dasselbe geschah mit der Verfassung für Finnland, mit dem Oktobermanifest im Jahre 1905, mit den Zugeständnissen für die Kuthenen und mit der polnischen Verfassung, die Zar Alexander eingeführt hatte. Alles das sind Gesetze, die eigentlich niemals aufgehoben worden sind.

Jules Simon sagte einmal: Es ist ein Unglück für Frankreich, daß den Staat soviel kleine Funktionäre regieren. Dieser Ausspruch trifft noch mehr auf Rußland zu. Denken denn die Polen, daß die russische Bürokratie auf ihr Privileg in dem schönen Weichsellande verzichten wird? Im Gegenteil. Professor Kuzmin-Karawajew, ein Mitglied der Duma, beweist, daß die russische Regierung nach der Räumung des Königreichs Polen die überflüssigen Ämter nicht aufgelöst hat, sondern sie in einer anderen Form bestehen läßt. Die vorübergehende Besetzung Galiziens durch die Russen beweist ebenfalls, daß aus der Angliederung Galiziens und des Posenschen an das Königreich Polen nur die russischen Beamten Nutzen ziehen würden.

Es kann auch nicht anders sein. Schon im Jahre 1897, mithin also vor 20 Jahren, war das Königreich Polen mit russischen Beamten überschwemmt. Die Zahl der russischen Funktionäre im Königreich Polen war damals schon viermal größer als im europäischen Rußland und im Kaukasus, neunmal größer als in Zentral-Asien und zwanzigmal größer als in Sibirien. Ihre Macht im Königreich Polen war unbeschränkt. Deshalb war es auch der Wunsch jeden russischen Beamten, nach dem Königreich Polen zu gelangen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war das Königreich Polen mit Ausnahme des Gouvernements Ufa die am meisten verwüstete Provinz Rußlands. Im Jahre 1863 wurden im Königreich Polen 516 000 Güter konfisziert, und für 6 722 080 Rubel — d. h. 30 Francs für den Hektar — verkauft. Natürlich gelangten alle diese Güter über-

wiegend in die Hände der russischen Funktionäre. Wenn man den russischen Beamten die Reorganisation des Königreichs Polen übertragen würde, dann würde eine weitere Vergeudung des öffentlichen und privaten Vermögens die Folge sein. Mit einem Wort: Alles was war, würde bleiben. Es ist die höchste Zeit — sagt Dr. Rubakin — daß die Polen an die russischen Versprechungen zu glauben aufhören. Seit 20 Monaten erwarten sie die Einlösung dieser Versprechungen. Die Verwüstung unzähliger Dörfer durch die sich zurückziehenden russischen Truppen ist ein deutlicher Beweis für das „Wohltun“ der russischen Regierung. Dr. Rubakin schließt seine Ausführungen mit folgenden Worten: „Was erwarten die Polen noch von diesen Feinden des polnischen und russischen Volkes?“

Wir haben diesen Artikel des russischen Publizisten in einem ausführlichen Auszug wiedergegeben. Der Umstand, daß ein solcher Artikel in der „Gazette de Lausanne“, einem Organ, das in Diensten des Vierverbandes steht, erscheinen konnte, ist ein Beweis dafür, daß die Kreise des Vierverbandes sich hinsichtlich des sittlichen Werts der russischen Bürokratie keiner Täuschung hingeben.

Aus Nr. 8 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 26. Mai 1916.

Ein russisches Regierungsorgan gegen die Polen.

In der offiziellen russischen Zeitung „Pravitel'stvennyj Wiestnik“ finden wir in Nr. 32 eine Bekanntmachung unter dem Titel: „Der Vorstand der bessarabisch-taurischen landwirtschaftlichen Bank.“ In dieser Bekanntmachung lesen wir nachfolgenden Satz: „Wer im Gouvernement Podolien Güter zu kaufen wünscht, welche Personen russischer Herkunft gehören, hat zum Nachweis der Nichtzugehörigkeit der Käufer zu den Personen polnischer Abstammung Zeugnisse beizubringen, die von dem Gouvernement in Kiew oder von dem Gouvernement in Podolien ausgestellt sind. Solche Zeugnisse sind nicht erforderlich für Personen russischer Herkunft und russisch-orthodoxen Bekenntnisses und ferner für Personen lutherischer Abstammung, die im westlichen Tartarenggebiet wohnhaft sind, und dann Bauern.“

Diese Bekanntmachung, die übrigens in Rußland nichts Neues und die nicht die erste und nicht die letzte ist, bedarf keines Kommentars.

Aus Nr. 124 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 30. Mai 1916.

Ein französischer Aufruf in der polnischen Frage.

Ausländische Blätter veröffentlichten einen von hervorragenden Vertretern der französischen Volksgesamtheit an das polnische Volk erlassenen Aufruf. Aus seinem Wortlaut geht hervor, daß sich in Frankreich eine Liga für die Wiederherstellung Polens gebildet hat, deren Aufgabe es ist, die berechtigten polnischen Forderungen zu unterstützen und die Notwendigkeiten der Wiedererrichtung Polens als eines selbständigen Staates zu predigen. Ferner werden in dem Aufruf Mitgefühl und Bewunderung für die Polen, die während ihrer ganzen Geschichte unerschütterliche Treue zu ihren Idealen bewahrt haben und gegenwärtig mit heldenhaftem Mut das neue Unglück ertragen, zum Ausdruck gebracht.

„Nicht viele Lösungen sind in Frankreich so volkstümlich, wie die Befreiung des polnischen Volkes. Niemals hat sich unser Volk mit Eurer Zerstückelung einverstanden erklärt. Deshalb hat auch das beredete Manifest des Großfürsten Nicolaus bei uns einen so lebhaften Widerhall gefunden. Wir wünschen von

ganzem Herzen, daß es Euch vergönnt sein möge, unter den Völkern Euren alten, so nützlichen Platz, wieder einzunehmen und dadurch zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in dem neugeborenen Europa beizutragen. Eure Unabhängigkeit erscheint uns heute eine internationale Notwendigkeit von erstklassiger Bedeutung. Frankreich beschützt heute seine eigene bedrohte Freiheit und zugleich auch die Freiheit anderer kleiner Völker. Ihr werdet es verstehen, daß in solchen Augenblicken der Sieg unser erstes Ziel sein muß.

Wir möchten auch nichts unternehmen, was der Aktion unserer Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen hinderlich sein könnte. Wir können Euch aber auf jeden Fall schon heute versichern, daß wir die polnische Frage entschieden verteidigen und daß wir, indem wir für die Wiederherstellung eines freien polnischen Staates eintreten, hierdurch dem tiefsten Gefühl des französischen Volkes Ausdruck geben. Wir sind überzeugt, daß von diesem Gefühl auch die übrigen Völker der Koalition, die gemeinsam mit uns für die Befreiung der bedrückten Völker kämpfen, durchdrungen sind. Polnische Brüder, gebt nicht die Hoffnung auf. Wir versprechen Euch — gemäß der edlen Losung Eurer Vorfahren — treu „für Eure und für unsere Freiheit zu kämpfen“. Es lebe das wiederhergestellte Polen.“

Den Aufruf haben im Namen des Komitees der neugegründeten Liga unterschrieben: Karl Richet, Mitglied der Pariser Akademie der Wissenschaften; von der französischen Akademie: Emil Faguet und Heinrich de Régnier; die Professoren der Sorbonne: Karl Gide, Gabriel Séailles, Senator Louis Martin, der Abgeordnete Renaudel und B. Bienaimé.

Der vorstehende Aufruf hat keinen amtlichen Charakter und ist natürlich nicht bindend. Er ist aber insofern bezeichnend, als hier zum ersten Mal bedeutende Vertreter der französischen Volksgesamtheit so unzweideutig und entschieden die Notwendigkeit der Wiederherstellung schon nicht mehr eines autonomen, sondern eines unabhängigen Polens proklamieren. Es geht daraus — trotzdem der Aufruf noch an das Manifest des Großfürsten erinnert — hervor, daß man auch in Frankreich den Wert aller Versprechungen der Russen gegenüber den Polen richtig einzuschätzen beginnt. Es muß daher angenommen werden, daß man in Petersburg — wo bisher andauernd die Frage der polnischen Zukunft so hinterlistig behandelt wurde — mit der Gründung der neuen Liga — ohne Hindernisse von Seiten der französischen Regierung — nur wenig zufrieden sein wird.

Im Zusammenhang mit dem französischen Aufruf ist umso interessanter ein Artikel, den die „Nowoje Wremia“ der Zukunft Polens widmet und der hier und dort der Ausdruck maßgebender russischer Kreise in dieser Frage zu sein scheint, da die amtliche Petersburger Telegraphen-Agentur aus ihm der ausländischen Presse nachstehenden Auszug übermittelt: „Die „Nowoje Wremia“ ist der Meinung, daß nach der siegreichen Beendigung des Krieges Polen als ein ethnographisches und politisches Ganze auf der Grundlage einer Autonomie, die die Gesetzgebung, Verwaltung, Religionsfreiheit, Aufklärung, die Finanzen und die Verkehrsverhältnisse umfassen soll, wiederhergestellt werden muß. Alles das muß den Polen durch ein besonderes Gesetz garantiert werden. Ein auf diese Weise wiederhergestelltes und aus allen drei Teilsgebieten zusammengesetztes Königreich Polen würde für immer mit der russischen Dynastie verbunden sein und mit Rußland nur die Armee, die Zölle und die auswärtigen Angelegenheiten gemein haben.“

Soviel die „Nowoje Wremia“. Die russische öffentliche Meinung scheint mithin, je weniger sie über Polen zu sagen hat, umso freigebiger und zu umso größeren Zugeständnissen bereit zu sein. Vielleicht wird sie endlich auch begreifen, daß diese Glückmachung Polens mit dem Zar, wie überhaupt alle die zuspät kommenden Versprechungen auf dem Papier bei den Polen keinen Widerhall finden werden.

Aus Nr. 8 des Kraj (Lissa i. P.)
vom 26. Mai 1916.

Interpellation im schwedischen Parlament wegen des Verbots der polnischen Vorträge in Schweden.

Die Stockholmer „Dagens Nyheter“ bringen die von dem Bürgermeister in Stockholm, Lindhagen, in der zweiten Kammer des schwedischen Parlaments eingebrachte Interpellation betreffend das Verbot von Vorlesungen ausländischer Politiker und ausländischer Agitatoren. Am 21. Januar d. J. hatte die schwedische Regierung den fremden Untertanen verboten, sich über das Geschick ihrer Heimat zu äußern, indem sie darin eine Gefahr für die neutrale Politik erblickte. Lindhagen fordert die Behörden zur Aufhebung der Verordnung auf, da sie mit den grundsätzlichen Staatsgesetzen im Widerspruch stehe und vielmehr nachteilig für die Friedensbewegung sei. Das Verbot mache es den Untertanen der kriegsführenden Mächte unmöglich, sich auf neutralem Boden zu treffen. Das Informieren des Auslandes über den tatsächlichen Stand der Verhältnisse in den vom Krieg erfaßten Ländern sei nur in den neutralen Ländern möglich angesichts der durch militärische Rücksichten veranlaßten strengen Zensur.

Hierauf führte Lindhagen Beispiele von der Wirkung dieses Verbots an und erinnerte an die nicht zustande gekommenen Vorlesungen der Professoren Liszt und Murray. Besonders warm trat der Bürgermeister von Stockholm für die Gräfin Ledóchowska ein, eine polnische Untertanin, „die — wie er sagte — schon seit längerer Zeit in Schweden weilt und informatorische Vorträge hält, die von dem Geiste aufrichtigen Patriotismus und der Humanität erfüllt sind.“ Schweden sei absolut nicht verpflichtet, den kriegsführenden Staaten hilfreiche Hand zu reichen; es müsse vielmehr das gegenseitige Sichkennenlernen erleichtern, sorgsam die Entwicklung der nationalen Bestrebungen der verschiedenen Volksgemeinschaften verfolgen und auf diese Weise sich für den zukünftigen Friedenskongreß vorbereiten. Das Beispiel des neutralen und sehr liberalen Holland müsse die schwedische Regierung davon überzeugen, daß eine unbegründete und übertriebene Feindschaft Schweden selbst ebenso schädigt, wie auch die Interessen derjenigen Völker, deren Untertanen ihre Wünsche, Beschwerden und Vorschläge nicht äußern können.

Aus Nr. 141 des Dziennik Polski (Ezenstochau)
vom 24. Mai 1916.

Den wahren Freund erkennt man in der Not.

In der Zeitschrift „Wici“, dem Organ des Komitees der nationalen Verteidigung in Chicago, finden wir Aufsehen erregende Enthüllungen über die Tätigkeit in Sachen der Hilfeleistung für das Königreich Polen. Die ganze Aktion nahm einen lebhafteren Verlauf dank der Tätigkeit des Mitglieds der Delegation des Obersten Nationalkomitees Dr. Felix Mlynarski.

Angeregt durch das Schreiben des Senators M. Hirschcock aus Nebraska, der sich bereit erklärte, der polnischen Frage zu dienen und sich aus diesem

Grunde an Dr. Mlynarski mit der Bitte wandte, ihm praktische Fingerzeige nach dieser Richtung hin zu erteilen, begann Dr. Mlynarski seine Tätigkeit. Infolge des Briefwechsels erklärte der Senator Hirschcock in seinem Schreiben vom 7. Februar d. J., daß er sich darum bemühen werde: 1. Geldmittel für Polen in Amerika zu sammeln und 2. im Senat eine Resolution einzubringen, in welcher von Großbritannien und Deutschland gefordert wird, ihre Zustimmung zur Überfahrt und zur Verteilung der Lebensmittel an die leidende polnische Bevölkerung zu geben. In seinen weiteren Briefen machte Senator Hirschcock — nach Empfang des ganzen verfügbaren Materials in dieser Angelegenheit von Dr. Mlynarski — Mitteilung, über seine weiteren Bemühungen nach dieser Richtung hin. Er stellte fest, daß im Staatsdepartement die Möglichkeit der Hilfeleistung von der ausdrücklichen Garantie abhängig gemacht wurde, daß die nach Polen beförderten Lebensmittel in richtige Hände gelangen.

Am 28. Februar ging eine günstige Antwort ein, von der als erster Dr. Mlynarski in Kenntnis gesetzt wurde, der unverzüglich dem Senator Hirschcock davon Mitteilung machte. Im Sinne des mit Dr. Mlynarski geführten Schriftwechsels brachte sodann Senator Hirschcock seine Bill ein, die die Frage der Hilfeleistung für das Königreich Polen vom internationalen Standpunkte beleuchtete. . . .

Daselbe Volk, das zum ersten Mal das Kampfsystem der Aushungerung gegen den Gegner und der Internierung der Frauen und Kinder in den Konzentrationslagern der Buren einführte, erklärte mit derselben Unverschämtheit, daß es eine Hilfeleistung für Polen nicht zulassen könne, weil jedes Stück Brot, das nach Polen befördert werde, auch der deutschen Armee zugute komme, und Deutschland von der Unterhaltungspflicht gegenüber den Polen befreie. Vergeblich teilte das Komitee in Bovey noch am 3. Februar mit, daß die von ihm nach Polen beförderten Lebensmittel in richtige Hände gelangen und der Beschlagnahme nicht unterliegen.

Wie sieht gegenüber diesen Tatsachen die heuchlerische Rede des englischen Ministers Bona Law aus, welcher behauptete, daß England zum Schutze Polens kämpft? Während England auf die Einwilligung Rußlands und Rußland auf die Englands wartet, geht die polnische Bevölkerung, zu deren Schutz Rußland und England angeblich den Krieg führen, vor Hunger zugrunde.

Handelt es sich doch hier nur um die Polen! Und der Zweck, den beide, England und Rußland, verfolgen, ist die Ausrottung des polnischen Volkes.

Wie anders die Taten Englands aussehen, wenn es sich um Engländer handelt, beweisen die in dem Londoner Blatt „The Nation“ veröffentlichten Artikel. Aus diesen Artikeln erfahren wir, daß jede Woche einige Hundert Pakete nach Deutschland für die Soldaten irischer Abstammung, die sich in deutscher Gefangenschaft befinden, abgehen. Jedes Paket enthält nicht nur die zur Ernährung eines erwachsenen Menschen notwendigen Lebensmittel, sondern auch Delikatessen, wie z. B. Konfitüren, Kaffee, Schokolade usw. Ja noch mehr! Jedes Paket enthält auch Milch, deren Ausfuhr aus England für die polnischen Kinder verboten worden ist! Niemand in England erhebt seine Stimme dagegen, daß durch die Lieferung dieser Lebensmittel die deutsche Regierung von der Unterhaltungspflicht gegenüber den gefangenen Soldaten befreit wird und daß auf diese Weise „diesem oder jenem Arbeiter, der Munition gegen England anfertigt, die Arbeitskräfte erhalten bleiben.“ Niemand macht in diesem Falle den Deutschen den Vorwurf, daß sie diese Lieferungen für ihr Heer beschlagnahmen. Eine, von Damen aus den höchsten englischen Gesellschaftsklassen unterschriebene

Erklärung, behauptet im Gegenteil, daß die Sendungen den Gefangenen regelmäßig zugehen.

Nur eine Stimme erhob sich gegen die unverschämte Heuchelei der „militärischen Staatsmänner und erzchristlichen Bischöfe Englands.“ Es ist dies die Stimme der englischen Sozialistin Bruce-Glasier.

Das polnische Volk wird es niemals vergessen, daß aus der Mitte des englischen Proletariats eine edle Frau ihre Stimme zum Schutze unseres Volkes erhob, das im Namen der „Kriegsnotwendigkeiten“ Englands und Rußlands zum Hungertode verurteilt ist.

Das polnische Volk wird aber auch daran nicht vergessen, daß ein Teil der Polen sich nicht dazu

auffaffen konnte oder wollte, klar und deutlich die eigentlichen Urheber der Aushungerung Polens zu entlarven. Trotz mannigfacher Bemühungen unsererseits, diese Leute zu einer gemeinsamen breiten Aktion gegen die antipolnische Verschwörung Englands und Rußlands zu bewegen, verharren die Leute weiter auf ihrem Standpunkt, betören die Massen und versuchen sie von dem Wohlwollen Englands und Rußlands gegenüber den Polen und von den Kriegsnotwendigkeiten zu überzeugen.“

Ja, den wahren Freund erkennt man in der Not.

Der Papierersparnis halber wird der Gesamtüberblick zweiseitig gedruckt. Den Beziehern, denen zur Anfertigung von Ausschnitten ein weiteres Druckstück erwünscht ist, wird Anforderung anheimgestellt.